

**EIN DARMSTADT.
FÜR ALLE.**

**WAHLPROGRAMM
2026-2031**



WAHLPROGRAMM 2026-2031

**EIN DARMSTADT.
FÜR ALLE.**

Inhaltsverzeichnis

1. Zeit zum Zusammenwachsen	4
2. Soziale Infrastruktur in jedem Stadtteil	6
2.1. Arbeit und Wirtschaft	7
2.2. Wohnraum und Quartiersentwicklung.....	11
2.3. Mobilität	15
2.4. Bildung und Kultur.....	17
2.5. Sport und Freizeit.....	21
2.6. Gesundheits- und Notfallversorgung	23
3. Ein Darmstadt. Für alle.	25
3.1. Arbeit und Wirtschaft	27
3.2. Wohnen.....	30
3.3. Mobilität.....	33
3.4. Bildung und Kultur.....	37
3.5. Sport und Freizeit.....	45
3.6. Gesundheits- und Notfallversorgung.....	48
3.7. Soziales und Sicherheit	50
3.8. Stadtverwaltung der Zukunft.....	53
3.9. Klima	57

SPD Darmstadt

Holzstraße 2
64283 Darmstadt
06151 427210
info@spd-darmstadt.de
www.spd-darmstadt.de

1. Zeit zum Zusammenwachsen

Die Zeit, in der wir leben, erfordert eine starke Gemeinschaft, ein neues Miteinander in unserer Stadt, das geprägt ist von Solidarität und Zusammenhalt. Niemand wird zurückgelassen, wir nehmen alle in den Blick. Wir wollen die Stimme derer sein, die zu oft nicht gehört werden und sich zu oft nicht beteiligen.

Denn wir erleben multiple Krisen und Kriege auf der Welt. Vieles um uns herum verändert sich in rasanter Geschwindigkeit. Nicht alle Menschen kommen bei diesem Tempo mit. Vielen fehlt zunehmend die Resilienz, um mit den bereits spürbaren und künftigen Folgen umzugehen.

Die Herausforderungen, vor denen wir auch vor dem Hintergrund des angespannten städtischen Haushaltes stehen, sind groß und können nicht von wenigen gelöst werden. Das geht nur zusammen. Hier haben wir bereits gezeigt: Wir übernehmen Verantwortung, wenn es darauf ankommt.

Seit der vergangenen Oberbürgermeisterwahl regiert mit Hanno Benz wieder ein Sozialdemokrat im Rathaus. Er hat die laufende Diskussion zu Wachstum und Stadtentwicklung angestoßen und bereits einige Versprechen eingelöst. Für vieles fehlt allerdings bisher noch eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung.

Wir wollen nach der Kommunalwahl eine Koalition anführen, die gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Politik für alle macht. Wir als SPD sind ein solidarisches und starkes Team mit einer klaren Haltung: Ein Darmstadt. Für alle.

Den sozialen Klimawandel in unserer Stadt zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, die Politik und Stadtgesellschaft nur gemeinsam bewältigen können. Dieser stellen wir uns und werben mit unseren Positionen dafür, gemeinsam mit uns einen neuen Weg zu gehen. Einen Weg – davon sind wir überzeugt – der in eine gute Zukunft für unsere Stadt führt.

Aktuell leben in Darmstadt rund 170.000 Menschen. Vor gut 25 Jahren waren es nur rund 135.000.

Seit dieser Zeit wächst die Stadt stetig und wird es voraussichtlich auch weiterhin: Eine 2024 veröffentlichte Bevölkerungsprognose des Amts für Wirtschaft und Stadtentwicklung geht bereits in ihrer „mittleren Variante“ davon aus, dass 2035 rund 177.000 Menschen in Darmstadt leben werden. Vieles deutet darauf hin, dass dieses Szenario sogar übertroffen werden könnte.

Darmstadt ist durch seine wirtschaftliche Stärke, wissenschaftliche Exzellenz und kulturelle Vielfalt ein attraktiver Wohnort für viele. Immer mehr Menschen entscheiden sich aus unterschiedlichen Gründen für Darmstadt als Lebensmittelpunkt: Die Stadt beherbergt Unternehmen im produktiven Sektor, der chemischen Industrie und der Technologie-, Kommunikations- und IT-Branche, mehrere Hochschulen und über 30 Forschungseinrichtungen. Auch ihre Lage in der Metropolregion Rhein-Main sowie in unmittelbarer Nähe zu den wichtigsten internationalen und nationalen Verkehrsknoten erzeugt einen Wachstumsdruck. Darmstadt ist eine weltoffene Stadt, sie lebt von ihrer Internationalität. Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer und -kulturen leben, arbeiten, forschen, lehren und studieren hier.

Durch dieses Wachstum ergeben sich Chancen zur Weiterentwicklung, aber auch neue Herausforderungen, die nicht ignoriert werden können, sondern auf die es Antworten braucht.

Das prognostizierte Bevölkerungswachstum schafft weitere Bedarfe an Infrastruktur, für die gesorgt sein muss, damit ein gutes Zusammenleben möglich ist und bleibt.

2. Soziale Infrastruktur in jedem Stadtteil

Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt – etwa mit Blick auf soziale Einrichtungen oder den öffentlichen Raum – ist vom Wachstum besonders herausgefordert. In einigen Bereichen zeigt sich, dass die bestehenden Angebote den Bedarfen nicht mehr genügen:

1. Sozialverträglich bezahlbarer Wohnraum ist rar, die Wohnungssuche ist längst zu einem starken Konkurrenzkampf geworden.
2. Die Verkehrsinfrastruktur, besonders der Öffentliche Nahverkehr, ist zu Stoßzeiten überlastet und bietet nicht allen eine Anbindung oder gar gute Optionen für die täglichen Wege.
3. Menschen brauchen gute Arbeitsplätze, Unternehmen brauchen Flächen und Räume sowie gute Rahmenbedingungen, um die Nachfrage nach attraktiven Einkaufsmöglichkeiten, Produkten und Dienstleistungen zu bedienen.
4. Der wachsende Bedarf an Bildungs- und Betreuungsangeboten stellt Kinder, Jugendliche, Eltern, Arbeitgebende und Betreuungs- und Lehrkräfte vor Herausforderungen, die nur gemeinsam zu bewältigen sind. Kultur braucht Räume in unserer Stadt.
5. Nicht alle Darmstädter Quartiere ermöglichen eine gute Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und eine attraktive Freizeitgestaltung.
6. In Teilen der Stadt mangelt es schon jetzt an einer ausreichenden Gesundheits- und Notfallversorgung.

All diese Herausforderungen bei der Bereitstellung sozialer Infrastruktur hängen zusammen und dürfen demnach nicht isoliert voneinander betrachtet und angegangen werden. Auch erstrecken sie sich über die Stadtgrenzen hinaus und können größtenteils nur in Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten und Gemeinden sowie dem Landkreis Darmstadt-Dieburg nachhaltig gelöst werden. Für viele Menschen bilden wir als Region ohnehin längst einen Lebens- und Wirtschaftsraum. Diesen gilt es auch in allen relevanten Bereichen gemeinsam zu gestalten.

Für einige Konversionsgebiete (etwa: Lincolnsiedlung, Ludwigshöhviertel, Messplatz, Marienplatz), die eine wesentliche Rolle in der Stadtentwicklung spielen, wurden Planungen entwickelt oder bereits umgesetzt. Für andere (z.B. Kuhnwald-Gelände, Starkenburg-Kaserne, Klinikgelände Eberstadt) müssen in

naher Zukunft politische Entscheidungen getroffen werden. Hier darf nicht – wie in der Vergangenheit geschehen – der Fehler begangen werden, reine Wohn- und Schlafstätten zu schaffen, die dann zu viel Verkehr auslösen.

Wenn stadtplanerische Entscheidungen auf Grundlage der Lebensrealität der Menschen in den Quartieren getroffen werden, ist das Ziel von hoher Lebensqualität und gleichen Chancen für alle erreichbar. Der Fokus muss dabei auf den Bedarfen derjenigen liegen, die durch ihren sozioökonomischen Status besonders auf öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. So stellt etwa die kürzlich erschienene Ausgabe des Sozialatlas die Lebensverhältnisse vor Ort dar. Handlungsbedarfe werden aufgrund der örtlichen Sozialstruktur ermittelt. Gezielte Maßnahmen lassen sich daraus ableiten. Denn in einer funktionierenden und solidarischen Stadtgesellschaft muss der Zugang zu Ressourcen für alle gegeben sein.

Den Rahmen für all das bildet – auch in Zeiten großer Umbrüche, ausgelöst durch Fachkräftemangel, demographischen Wandel und knappe Kassen – eine moderne, effektiv funktionierende Verwaltung. Die Erwartung: Zentral am Luisenplatz soll sie für die Menschen zugänglich sein – der Service gut, die Schlangen kurz.

Einige Anliegen sollen sich weiterhin auch in den Stadtteilbüros erledigen lassen. Neben den Bezirksverwaltungen in Eberstadt, Arheilgen und Wixhausen sollen künftig auch in Kranichstein Dienstleistungen der Stadt angeboten werden. So bringen wir die Verwaltung in die Stadtteile.

2.1. Arbeit und Wirtschaft

Wir sind die Partei der Arbeit. Für uns ist daher klar:
In Darmstadt hat Arbeit einen Platz.

Gute Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen ist daher ein zentrales Ziel der SPD für die Zukunft unserer Stadt. Wir möchten private Unternehmen ermuntern, hier zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Aber wir wollen auch die Stadt und die Stadtwirtschaft zu einer Arbeitgeberin entwickeln, die die Ideale von guter Arbeit ernst nimmt: Bezahlung von fairen Löhnen, Sicherung von Tarifbindung (auch bei öffentlichen Vergaben), Abschaffung von Befristungen, Stärkung betrieblicher Mitbestimmung und Aus- und Weiterbildung, Verhinderung von Ausgliederungen, Frauenförderung, nachhaltige Gestaltung von Lieferketten. Das gilt auch für die mittelbar Beschäftigten in der Stadtwirtschaft oder bei städtisch finanzierten Trägern. Wir schätzen die Erfahrung städtisch beschäftigter Fachkräfte. Falls gewünscht, sollten diese auch über das Rentenalter hinaus beschäftigt werden können.

Es braucht in der Verwaltung, nicht nur aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, mehr Möglichkeiten, Vorgänge digital zu bearbeiten. Das Projekt der Digitalstadt muss neu gedacht werden, da es die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt hat. Anwendungen der Stadt müssen der Bevölkerung im täglichen Leben einen konkreten Mehrwert bieten. Arbeitsplätze müssen in der Verwaltung langfristig attraktiv sein, um die in einer wachsenden Stadt anfallenden Aufgaben zu lösen. Dazu ist eine umfassende Modernisierung der Verwaltung nötig. Diese beinhaltet sowohl die Weiterbildung des bestehenden Personals, als auch die kritische Prüfung aller Prozesse mit Blick auf die Digitalisierung.

All das wollen wir anpacken und das größte digitale Arbeitsplatzprojekt der Stadtgeschichte umsetzen. Dazu werden wir ein gesondertes Konzeptpapier vorlegen.

Zu guter Arbeit gehören auch gute Betriebe. Starke strukturelle und konjunkturelle Probleme setzen die deutsche Wirtschaft unter Druck. Hinzu kommt eine schwierige weltpolitische Lage, die auch die südhessische Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, hemmt. Gerade in diesen Zeiten sind Arbeit und Wirtschaft zwei Seiten derselben Medaille.

In Darmstadt soll eine zukunftsähnige Wirtschafts- und Strukturpolitik verfolgt werden. Ziel einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung und Schaffung hochwertiger Beschäftigung. Für uns hat Wertschöpfung Priorität. Bei der kommunalen Wirtschaftsförderung müssen neben den bisherigen ökologischen Kriterien künftig verstärkt soziale Aspekte berücksichtigt werden. Dazu gehören für uns: Beschäftigungs- und Standortgarantien, Tarifbindung, Mitbestimmung und Qualifizierung. Dies gilt auch für Neuansiedlungen von Unternehmen und Erweiterungen. Auch öffentliche Beschaffungen müssen fair ausgestaltet und an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Wir streben zudem eine Mitgliedschaft bei der Plattform Rhein.Main.Fair an.

Zur Entwicklung zukunftsähniger Perspektiven wollen wir Transformationsnetzwerke aus regionaler Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter Beteiligung der Gewerkschaften einrichten und stärken. Mit der Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung wird die Chance genutzt, den Menschen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Wandels zu stellen, Transformation als Chance zu begreifen und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Umsetzung der Wärmewende in Kooperation mit der Entega steht sinnbildlich dafür, wie wir Soziales, Ökonomie und Ökologie zusammenbringen.

Dieses Leitmotiv prägt den Wachstumsplan 2035. Dieser will eine gut entwickelte Wirtschaft und möglichst viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in unserer Stadt sichern. Dies soll durch aktive Industriepolitik und Neuansiedlung gelingen. Erstmals wird deshalb eine Gewerbeflächenpotentialanalyse auf den Weg gebracht. Diese ist die notwendige Voraussetzung einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie, insbesondere mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg,

aber auch anderen Gebietskörperschaften in der Region. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen. Für uns steht fest: Arbeit braucht Platz und Arbeitsplätze brauchen alle.

Die finanzielle Situation der Stadt Darmstadt ist mehr als problematisch. In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen wurden Leistungen und Standards erhöht und ausgeweitet. Es wurden in guten Zeiten keine Strukturen geschaffen, die sich in schwierigeren Zeiten als tragfähig erweisen. Die „Darmstädter Standards“ kosten die Stadt jährlich Millionen, ohne dass ein Nutzen bei allen ankommt. Wir müssen diese übergesetzlichen Subventionen und Anforderungen deutlich zurückfahren. Wir müssen mit gezielter Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik die Steuereinnahmen der Stadt stabilisieren und die Versäumnisse der letzten Dekade ausgleichen.

Hierzu werden neue Flächen benötigt. Da Darmstadt keine Insel ist, werden wir diese auch mit den Städten und Gemeinden im Landkreis entwickeln. Das Wissen in der Stadt ist die Grundlage der lebendigen Start-up Szene. Gemeinsam mit dem Landkreis wollen wir Existenzgründungen – etwa im HUB31 – unterstützen und ausbauen. Gleichzeitig dürfen wir nicht sparen um des Sparens Willen. Darmstadt muss wieder eine Stadt für Alle werden. Unser Zusammenhalt wird von Vereinen und anderen Strukturen getragen – hier liegt unser Schwerpunkt. Wir erwarten die Unterstützung der Stadtirtschaft bei den notwendigen Entwicklungen. Die fusionierte Sparkasse Darmstadt und Dieburg wird weiterhin Vereine, Kultureinrichtungen und Initiativen in Darmstadt unterstützen und mit angemessenen Ausschüttungen die Stadt finanziell entlasten. Wir werden an unseren kommunalen Unternehmen festhalten. Wir werden keine maßgebliche Beteiligung verkaufen und die Unternehmen auffordern, ihre Angebote für die Menschen in Stadt und Region zu erweitern.

Bei uns hat Arbeit einen Platz

Wir stehen für ein Darmstadt, in dem alle eine berufliche Perspektive haben und Unternehmen den nötigen Platz finden. Die Veränderungen der Arbeitswelt stellen auch die Kommunalpolitik vor große Aufgaben. Fachkräfteentwicklung betrifft etwa sowohl die Personalplanung innerhalb der öffentlichen Verwaltung als auch die Gestaltung öffentlicher Infrastruktur: So benötigen gut ausgebildete Fachkräfte auch moderne Berufsschulen.

Darmstadt muss ein wichtiger Berufsschulstandort bleiben. Hierzu ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und darüber hinaus zwingend notwendig. Um unsere Region auch zukünftig zu stärken und zu festigen, sehen wir perspektivisch einen gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplan mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg als zielführend an. Nur mit einer starken dualen Ausbildung haben viele junge Menschen eine Chance auf einen guten Arbeitsplatz – und Unternehmen können nur mit guten Berufsschulen Fachkräfte der Zukunft ausbilden.

Auch Gewerbetreibende, wie etwa Handwerksbetriebe, sollen innerhalb der Stadtteile passende räumliche Strukturen finden können. Es gilt, bestehende Standorte zu sichern und Entwicklungspotenziale aufzuzeigen. Das erspart Wege, zum Beispiel in abgelegene Industriegebiete, und trägt so zur Entlastung des Autoverkehrs bei. Aber auch innerhalb der Stadtteile müssen Dienstleistungen, Handel und Gewerbe erhalten bleiben. Die wirtschaftliche Infrastruktur darf in Zukunft – auch trotz der zunehmenden Wohnungsknappheit – nicht vernachlässigt werden.

Die Innenstadtentwicklung ist und bleibt eine zentrale Aufgabe. Für viele Menschen mangelt es der Darmstädter Innenstadt an Attraktivität und Aufenthaltsqualität. Die Innenstadt soll durch eine ausgewogene Mischung aus Angeboten revitalisiert werden. Leerstände müssen noch viel offensiver bekämpft werden, alternative oder temporäre Konzepte sind gute Übergangslösungen. Für die Kaufhofimmobilie muss eine Lösung gefunden werden, die den Ansprüchen der Menschen in der Stadt genügt. Hierzu muss der Druck auf den Eigentümer der Immobilie erhöht werden. Darüber hinaus werden wir die Entwicklung der Stadtteilkerne stärker in den Fokus nehmen.

Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum muss gesteigert werden. Für grundlegende Strukturen wie Sitzmöglichkeiten, öffentliche Toiletten und Trinkwasser muss im Innenstadtbereich gesorgt werden. Flächen müssen – auch mit Einsatz städtischer Mittel – belebt und begrünt werden. Nachhaltigkeit muss hier und in anderen Bereichen stets in mehreren Dimensionen gedacht werden: sozial, ökologisch, und ökonomisch. Der öffentliche Raum gehört allen. Ein barrierefreier Zugang ist hierfür eine Grundvoraussetzung.

Ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden in Sachen wirtschaftlicher Entwicklung ist das geplante interkommunale Gewerbegebiet mit Weiterstadt zwischen der A5 und dem Gehaborner Hof. Gemeinsam mit der Bergstraße, Groß-Gerau und Darmstadt-Dieburg setzen wir uns dafür ein, dass auch künftig Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden im Rahmen des Regionalplanes erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Gewerbeflächen.

Auch auf dem Areal des ehemaligen Messplatzes, auf welchem die bauverein AG ein neues Quartier errichten will, sind 8.000 qm Büro- und Dienstleistungsflächen geplant. Die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre dürfen sich nicht wiederholen: Reine Wohn- und Schlafstätten auf den Konversionsgeländen sorgen für große Verkehrsströme zu den Stoßzeiten. Daher setzen wir uns für eine Überarbeitung der Planung ein, bei der eine Mischnutzung des Quartiers durch Wohnen und Gewerbe ermöglicht wird und insbesondere Handwerkerhöfe bzw. ein Handwerkerhaus berücksichtigt werden.

Weitere Gebiete, bei deren Planung Gewerbegebiete dringend in den Blick genommen werden sollten, sind die Flächen des ehemaligen Kuhnwald-Geländes und ggf. der angrenzenden Starkenburg-Kaserne.

Für eine strategische Flächenpolitik, die die industrielle und gewerbliche Entwicklung im Blick hat, benötigt die Stadt Darmstadt Flächenreserven. Die SPD Darmstadt unterstützt die Forderung, Kommunen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) den Ankauf von Flächen zu ermöglichen. Verringerte Grunderwerbskosten sollten anteilig förderfähig sein. Das Vorkaufsrecht von Kommunen muss gestärkt werden. Wichtige Flächen sollen so in öffentliche Hand kommen, bevor sie dem Markt entzogen oder spekulativ verteuert werden.

2.2. Wohnraum und Quartiersentwicklung

Die Wohnungssuche ist mittlerweile für nahezu alle Einkommensgruppen eine Herausforderung. Die Höhe der Miete und ihr Anteil am Gesamteinkommen von Haushalten ist eng verknüpft mit einem drohenden Abstiegs- und Armutsrisko. Dies ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit und damit eine zentrale Aufgabe der SPD.

Bedarfsgerechter Wohnraum ist für viele schwer zu finden. Kleine und günstige Wohnungen sind auf dem Markt stark umkämpft. Größere, aber bezahlbare Wohnungen für Familien sind Mangelware. Zudem sorgt der demographische Wandel für einen Mehrbedarf an altersgerechten Wohnungen. Die Verteilung des vorhandenen Wohnraums sollte passgenauer sein. Um einen Umzug in bedarfsgerechte Wohnungen zu ermöglichen, muss die von der bauverein AG in Kooperation mit der Stadt Darmstadt eingerichtete Tauschbörse gestärkt werden. Bei einem Wohnungswechsel sollen bestehende Mieten nur sozialverträglich angepasst werden.

Durch neue Arbeitsweisen werden künftig viele ehemalige Büroflächen nicht mehr genutzt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass geeignete Flächen in Wohnraum umgewandelt werden.

Mit Blick auf Angebot und Bedarf auf dem Wohnungsmarkt ist außerdem der Neubau bereits möblierter Apartments in hoher Preisklasse, die sich nur für ganz bestimmte Gruppen eignen, kritisch zu betrachten. Darüber hinaus muss gegen eine Zweckentfremdung von Wohnraum durch eine dauerhafte Vermietung über Airbnb oder andere Plattformen weiterhin konsequent vorgegangen werden.

Wir begrüßen alle mieterschutzrechtlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene, insbesondere die Verlängerung der Mietpreisbremse in angespannten Wohnungsmärkten wie Darmstadt und wollen alle kommunalen

Spielräume zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung nutzen. Zusätzlich können Beratungsangebote wie eine digital und analog erreichbare Mietpreisprüfstelle diese Instrumente unterstützen.

Die bauverein AG als öffentliches Wohnungsunternehmen muss gestärkt werden. Ihre Gewinne sollten für Reinvestitionen genutzt und nicht an den städtischen Haushalt abgeführt werden müssen. Öffentliche Wohnungsbestände und Grundstücke sollten möglichst nicht privatisiert, sondern re-kommunalisiert werden. Öffentliche Grundstücke sollten vorrangig an öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige Träger gegeben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Darmstadt mit privaten Bauprojektträgern städtebauliche Verträge abschließt, um diese an der Erschließung von Infrastrukturkosten, z.B. für KiTas oder einen ÖPNV-Anschluss, zu beteiligen.

Der angespannte Wohnungsmarkt verträgt keinen spekulativen Leerstand. Laut Zensus 2022 standen in Darmstadt über 3000 Wohnungen leer. Das entsprach einem Anteil an 3,6 % temporär ungenutzten Wohnungen. Mehr als ein Drittel der Wohnungen stand mindestens ein ganzes Jahr lang leer. Viele davon ohne guten Grund.

Wir bestärken Vermieterinnen und Vermieter, Wohnraum zur Verfügung zu stellen und prüfen Maßnahmen, um ihnen Sorgen vor einer Vermietung zu nehmen. Privateigentümer, deren Wohnraum aus plausiblen Gründen für einen begrenzten Zeitraum leer stehen, haben keine Nachteile zu befürchten.

Fest steht für uns jedoch: Für spekulativen Leerstand ist auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt kein Platz! Wir werden daher die landesgesetzlichen Regelungen nutzen und eine kommunale Leerstandssatzung auf den Weg bringen, mit dem Ziel, länger leerstehende Wohnungen dem Markt zuzuführen.

Während Neubauprojekte auf Konversionsflächen, die mitunter noch nicht gut erschlossen sind, geballte Bedarfe an Infrastruktur schaffen, verteilen sich leerstehende Wohnungen über das gesamte Stadtgebiet. Dieser Wohnraum ist bereits erschlossen und in der Regel mit sozialer Infrastruktur ausgestattet. Verstärkt muss in die Höhe gebaut, also mit Aufstockung gearbeitet werden.

Der Bedarf an gefördertem Wohnraum ist groß. Aber auch Haushalte, deren Einkommen die festgelegten Grenzen übersteigt, suchen händeringend nach geeigneten Wohnungen. Wir werden uns beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum dafür einsetzen, nicht nur die Fördermöglichkeiten zu erhöhen, sondern auch für in Darmstadt lebende Berufstätige mit Kindern eine Abweichung von den Einkommensgrenzen zu ermöglichen. Dies stärkt jene, die unsere Stadt am Laufen halten und ihre Kinder.

Dringend benötigte Fachkräfte (wie städtische Bedienstete aus Verwaltung, Kitas oder der Heag und des Klinikums), Auszubildende und ihre Familien müssen in unseren Stadtteilen erschwinglich unterkommen. Das steht auch in Verbindung mit sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Ganztagschulen, die aufgrund eines großen Personalmangels aktuell nicht das leisten können, was die Menschen aus unterschiedlichen Generationen brauchen. Auch ist ein Azubi-Wohnheim anzustreben.

Um Menschen mit geringem Einkommen Wohnen zu erschwinglichen Mieten anbieten zu können, wendet die Stadt erhebliche Mittel auf. Wir werden uns weiterhin für die Entstehung von geförderten Wohnungen einsetzen und darüber hinaus die Bemühungen verstärken, dass bestehende Belegungsrechte über die geplante Frist verlängert werden. Zudem werden wir uns überregional dafür einsetzen, die Wohnungsbauförderung so zu reformieren, dass wieder dauerhafte Bindungsrechte vergeben werden können.

Durch die schwierige Situation der Wohnungs- und Bauwirtschaft werden frei finanzierte Wohnungen aktuell kaum noch errichtet. Geförderter Wohnungsbau, bei dem es in Summe keine Abstriche geben darf, unterliegt jedoch häufig Fristen zu Umsetzung, an die Fördermittel geknüpft sind. Dies führt in der Entstehung von neuen Quartieren zu einem Anteil von gefördertem Wohnraum, der zu Beginn der Bezugsphase überproportional groß ist. Zudem verhindert die bestehende Belegungspraxis dieser Wohneinheiten eine bessere Durchmischung. Die zeigt sich exemplarisch bei der Umsetzung der Pläne für das Ludwigshöhviertel. Diesen Herausforderungen muss umgehend begegnet werden.

Im freien und geförderten Wohnungsbau müssen weiterhin barrierefreie Wohnungen entstehen. Ältere Menschen, die Schwierigkeiten haben, altersgerechten Wohnraum zu finden, müssen besonders berücksichtigt werden. Menschen mit Beeinträchtigungen, die den Umbau ihrer Wohnung nicht selbst finanzieren können, sollen über die Stadt weiterhin Fördermittel beantragen können. Durch die Stärkung von nachbarschaftlichen Strukturen können ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in manchen Fällen länger in ihren Quartieren wohnen bleiben und ihr Umzug in eine stationäre Einrichtung kann verhindert oder verzögert werden. Dies kann zu einer gesteigerten Lebensqualität führen und ermöglicht gleichzeitig Einsparungen im städtischen Haushalt.

Neue Stadtteile müssen vorausschauend geplant werden. Nutzungsdurchmischte Strukturen müssen von Beginn an mitgedacht werden. Zu lebendigen Stadtteilen, die eine hohe Lebensqualität bieten, gehören immer auch Räume für Dienstleistungen, Einkaufen, Gewerbe, Büros oder Gastronomie.

Dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen und anderen besonders schutzbedürftigen Personen wollen wir – etwa durch eine ausreichende Beleuchtung oder die Vermeidung von nicht gut einsehbaren Wegen – begegnen. Wir begrüßen den geplanten Neubau des Frauenhauses. Den Ausbau entsprechender Plätze für in Gefahr befindliche Frauen und Kinder werden wir unterstützen, damit Einrichtungen Frauen in Not nicht mehr wegen fehlender Kapazität abweisen müssen.

Bei neu entstehenden Quartieren müssen ausreichend Grünflächen zwischen den Wohngebäuden erhalten werden. Dies dient der Steigerung der Aufenthaltsqualität, begegnet dem Klimawandel mit Blick auf den Hitzeschutz und reduziert Flächenversiegelung. Auch bei der Entwicklung von Bestandsquartieren müssen die grünen Zonen ein Ziel sein. Zusätzlich unterstützen wir die Errichtung weiterer Trinkbrunnen.

Wir wollen eine Stadt der guten Nachbarschaft sein. Dazu sollen gezielt und unter Beteiligung der Menschen im Quartier Orte des Zusammenkommens geschaffen werden. Für diese Aufenthaltsorte, an denen verschiedene Formen der Freizeitgestaltung möglich sein sollten, werden Konzepte zum Lärmschutz und für Sauberkeit entwickelt. Dies fördert den sozialen Zusammenhalt. Öffentliche Begegnungsorte ohne Konsumerwartung stärken Nachbarschaft und Identifikation. Besonders für junge Menschen sind flächendeckende Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit unverzichtbar.

Der aktuelle Sozialatlas zeigt, dass im südlichen Eberstadt die Bevölkerung statistisch gesehen nach wie vor am stärksten von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet ist. Um eine stärkere Durchmischung zu erreichen, soll als Ziel auf dem Klinikgelände eine Wohnbebauung, bestehend aus kleineren und mittelgroßen Mehrfamilienhäusern und Reihenhäusern erfolgen. Es sollten im gleichen Zuge städtebaulich verbindende Elemente bei der Planung berücksichtigt werden.

Auch mit Blick auf die Lincolnsiedlung zeigt der Atlas eine anhaltend hohe Armutbelastung. Konflikte in der Nachbarschaft können dort die Lebensqualität einschränken. Dem wollen wir mit der gleichzeitigen Realisierung von Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur begegnen. In dieser Siedlung (ähnlich wie in Eberstadt-Süd, im Ludwigshöhviertel, in Kranichstein usw.) sollen zusätzlich zur Sozialarbeit im Quartier Hausmeisterinnen und Hausmeister mit dauerhafter Präsenz Verbesserungen bei den Themen Sauberkeit, Vandalismus, Grünpflege, Müll oder Schädlingsbefall erreichen und kleine Reparaturen zügig durchführen. Es muss gelten: Am Anfang steht die soziale Infrastruktur.

Für uns steht fest: Mit einer ausreichenden Durchmischung, von Beginn an verfügbarer sozialer Infrastruktur und einer gestärkten Gemeinwesensarbeit können soziale Konflikte vermieden werden. Mit einem Mangel an sozialer Infrastruktur werden sie sich als unlösbar erweisen.

Wohnungslosigkeit stellt in Darmstadt nach wie vor eine große Herausforderung dar, ihr muss mit einer klaren Perspektive begegnet werden. Auch hier braucht es soziale Infrastruktur und ein stabiles Netz, das Menschen auffängt.

Die bauverein AG will bis 2026 rund 150 Millionen Euro in die Erneuerung ihrer bestehenden Häuser investieren. Hierbei sollen Häuser in schlechterem Zustand priorisiert werden. In Bestandsgebäuden Sanierungen vorzunehmen, hat vor allem eine soziale Dimension, nicht nur eine zur Erreichung von Klimazielen. Sanierungen sorgen für Gerechtigkeit durch gleichwertige Lebensbedingungen. Dort, wo Strukturen der Quartierssozialarbeit existieren, sollen diese in die Sanierungspläne einbezogen werden. So können wir verhindern, dass die Wohnqualität weiter auseinanderdriftet und einzelne Viertel und Straßenzüge in unserer Stadt im Vergleich zu anderen abgewertet werden. Für uns gilt das Prinzip Sanierung vor Neubau.

Die Kommunale Wärmeplanung muss pragmatisch an den Zielen des Bundesklimaschutzgesetzes ausgerichtet und weiter gemeinsam mit dem städtischen Energieversorgungsunternehmen umgesetzt werden

Die auf Initiative unseres Oberbürgermeisters Hanno Benz initiierte Wachstumskonferenz (s.u.) im Oktober 2024 hat verdeutlicht, dass es auch im die Wissenschaftsstadt Darmstadt umgebenden Landkreis Darmstadt-Dieburg das Engagement der bauverein AG braucht. Gemeinsam mit Verantwortlichen aus dem Darmstädter Umland, wo Grundstückspreise im Vergleich zur Stadt geringer sind, muss bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, der über den ÖPNV gut an Darmstadt angebunden ist.

2.3. Mobilität

Wir stehen für ein besseres Miteinander im Verkehr. Die Nahmobilität muss menschen- und klimafreundlich gestaltet werden.

Eine wachsende Stadt braucht zeitgemäße Mobilitätslösungen, die der Lebensrealität der Menschen entsprechen und Klimafolgen in den Blick nehmen. Eine Verteilung auf verschiedene, gut verzahnte Mobilitätsträger für alle ist unser Ziel. Der Fokus muss dabei auf ÖPNV-Verbindungen innerhalb der Stadt ebenso wie – besonders wichtig für den Pendelverkehr – in und aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und die gesamte Region liegen. In der Verkehrspolitik verfolgen wir einen regionalen Ansatz mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit dem Landkreis sowie den Verkehrsverbünden. Staus und Treibhausgasemissionen können durch ein attraktives ÖPNV-Netz verringert werden.

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, die durch ihre positive Auswirkung auf die Luftqualität der Stadt neben einem Umweltfaktor auch ein Gesundheitsfaktor ist, muss unbedingt erschwinglich sein. Einzeltickets sind im Vergleich zu Zeitkarten viel zu teuer. Modelle wie die kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen am Samstag wollen wir ausprobieren. Auch soll die Idee verfolgt werden, älteren Menschen bei Abgabe ihres Führerscheins ein Jahr lang ein kostenloses Seniorenticket auszuhändigen.

Die Machbarkeits- und Finanzierungsstudien zu einer Straßenbahnerschließung nach Roßdorf/Groß-Zimmern und Weiterstadt sind mit uns angestoßen. Wir sprechen uns klar für den Bau dieser Linien aus. Eine Straßenbahnanbindung der Heimstättensiedlung ist wegen der Überlastung des H-Busses zu prüfen. Ein neues Depot für die wachsende Straßenbahnflotte sollte zeitnah entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass zentrale Ziele wie der Darmstädter Hauptbahnhof aus allen Stadtvierteln gut mit Bus oder Bahn erreichbar sind. Auch wollen wir Möglichkeiten prüfen, die Taktung der S-Bahn-Linien zu erhöhen. Die Situation der Odenwaldbahn soll im Rahmen der Erbacher Erklärung verbessert werden. Pfungstadt ist eine der größten Nachbarstädte mit fließenden Siedlungsgrenzen im Südwesten. Eine umfassende ÖPNV-Anbindung in die Darmstädter Innenstadt gibt es für die 25.000 Menschen aber nicht. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, die S6 bis nach Pfungstadt zu verlängern.

Debatten – wie jene um eine mögliche Straßenbahnanbindung von Wixhausen – zeigen, dass Bauprojekte, die in bestehende Stadtteilstrukturen eingreifen, potenziell auf Skepsis der Bewohnerinnen und Bewohner treffen können. Das liegt jedoch nicht etwa an einer grundsätzlichen Ablehnung eines guten ÖPNV-Anschlusses. Unsere Aufgabe ist es, Mehrheiten für eine gute Versorgung herzustellen und entsprechende Prozesse zu organisieren.

Barrierefreiheit muss beim Um- und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs immer mitgedacht werden. Der HeinerLiner sollte in bestehendem Umfang beibehalten werden und insbesondere mobilitätseingeschränkten Personen verlässlich zur Verfügung stehen. Die Umstellung des städtischen ÖPNV auf Elektromobilität soll weiter vollzogen werden. Auch sollten Sharing-Angebote ausgebaut werden.

Wer mit dem Fahrrad fährt, muss sich sicher – bestenfalls baulich getrennt – durch die Stadt bewegen können. Deshalb wollen wir ein neues Radwegeinvestitionsprogramm „Sichere Radwege“ auf den Weg bringen. Hier werden wir pragmatische Lösungen für alle Verkehrsteilnehmenden vorantreiben. Neben einer möglichen baulichen Trennung spielen dabei Fahrradstraßen abseits der Hauptverkehrsachsen eine Rolle. Aber auch überregionale Radwege wie jene nach Dieburg und Frankfurt wollen wir vorantreiben. Den Übergang vom Fahrrad auf den ÖPNV wollen wir mit sicheren Fahrradabstellmöglichkeiten unterstützen, die auch videoüberwacht und mit Ladeinfrastruktur ausgestattet sein können. Für uns gilt in Bezug auf den Ausbau der Radwege: Sicherheit vor Schnelligkeit.

Darmstadts Wege sind mitunter kurz und sollten auch zu Fuß möglichst barrierearm und ungefährlich passiert werden können. An Kreuzungen und Übergängen braucht es Bordsteinabsenkungen und in regelmäßigen Abständen Bänke. Des Weiteren wollen wir an bestehenden Fußgängerübergängen weitere Zebrastreifen realisieren und an Ampelanlagen fußgängerfreundliche Ampelschaltungen voranbringen. In Fußgängerzonen soll auf die Nutzung aller Verkehrsmittel so weit wie möglich verzichtet werden. Bei der Einrichtung von Baustellen müssen neben dem Fokus auf den Autoverkehr auch gute Lösungen für den Rad- und Fußverkehr gefunden werden.

Alle, die auf das Auto angewiesen sind, sollten wichtige Routen und Verkehrsknotenpunkte wie den Autobahnanschluss über die Rheinstraßenbrücke in akzeptabler Zeit passieren können. Trotz schwieriger Haushaltslage der Stadt hat der Neubau der Brücke für uns oberste Priorität.

Parkmöglichkeiten sind essentieller Teil der Automobilität. Dort, wo der Parkdruck, vor allem durch fremdparkende PKWs, hoch ist, könnten regelmäßige automatisierte Kontrollen Abhilfe schaffen. Für bestimmte Berufsgruppen, die auf das Parken in der Nähe ihres Ziels angewiesen sind, sollte es Sonderregelungen geben. Hierzu zählen etwa Handwerksbetriebe und Pflegedienste. Die öffentliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Parkraum sollte ausgebaut werden.

Wir unterstützen die Erarbeitung eines integrierten Verkehrsentwicklungsplans. Er soll als strategischer Rahmen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilitätsentwicklung dienen. Auch den damit verbundenen Beteiligungsprozess wollen wir weiterführen. Unser Ziel ist dabei: Mobilität für alle.

2.4. Bildung und Kultur

Kinderbetreuung verlässlich und qualitativ hochwertig zu gewährleisten, ist für Darmstädter Familien essentiell, stellt die Einrichtungen jedoch vor große Herausforderungen.

In Darmstadt gibt es nur für rund die Hälfte aller Kinder unter drei Jahren ein Krippenangebot. In der Stadtmitte und in Eberstadt sind es noch weniger. Für Kinder von drei Jahren bis zur Einschulung ist das Angebot an Kindergartenplätzen vor allem in der Stadtmitte und in Wixhausen zu gering, auch Darmstadt-West liegt unter dem Durchschnitt. Eltern mit geringem Einkommen und Alleinerziehende leiden besonders unter fehlenden Plätzen. Das Betreuungsangebot muss durch altersübergreifende Einrichtungen gestärkt werden. Sie erleichtern die Übergänge zwischen Krippe und Kindergarten und ermöglichen Familien eine längerfristige Perspektive. Dringend muss quartiersbezogen geprüft werden, wie die Erweiterung bestehender Einrichtungen unterstützt und wo neue Betreuungsplätze geschaffen werden müssen.

Für alle Betreuungsformen ist der diesbezügliche Fachkräftemangel ein Problem. Familien können regelmäßig ihre Betreuungszeiten nicht in Anspruch nehmen oder die Zahl der Betreuungsplätze von Einrichtungen wird nicht erweitert. Die individuelle Belastung jeder Fachkraft nimmt zu. Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen gehen Hand in Hand. Wir setzen uns dafür ein, dass Erziehungs- und Bildungspersonal Rahmenbedingungen vorfindet, um gute Bildung und Betreuung für alle zu ermöglichen.

Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um pädagogisches Fachpersonal für Darmstädter Einrichtungen zu gewinnen. Die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung (PivA) soll der Darmstädter Standard werden. Der gestiegenen Belastung der Fachkräfte kann durch KiTa-Assistenzkräfte entgegengewirkt werden. Die seitens des Landes geplante moderate Erweiterung des Fachkräftekataloges und der erleichterte Einstieg für pädagogiknahe Berufsgruppen werden die Situation ebenfalls entspannen. Auch wollen wir mitdenken, welche Anforderungen es in der Praxis an die Sprachkompetenz der Betreuungskräfte gibt. In vielen Einrichtungen kann es sinnvoll sein, wenn eine Fachkraft unter den Kindern gesprochene „Fremdsprachen“ beherrscht und dafür nicht von Beginn an das höchste Niveau in der deutschen Sprache mitbringt. Die weitere sprachliche Bildung erfolgt dann alltagsintegriert. Diese Mischanforderungen würden die Kapazitäten vergrößern.

Mit Blick auf Orte der Bildung gibt es Luft nach oben, wenn es um die Bedingungen von Lernenden, Lehrenden und anderen Beschäftigten geht. An den Schulen darf sich nicht auf erfolgreich umgesetzten Projekten wie der Sanierung des Berufsschulzentrums Nord und der Fertigstellung der Heinrich-Hoffmann-Schule ausgeruht werden. Nun rücken weitere Vorhaben in den Fokus. Es braucht konsequente Investitionen in Schulen und einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die Anzahl der Schulplätze muss ausgebaut werden. Die Sanierung von Schulgebäuden muss sich an der Ganztagschule als Schulform der Zukunft ausrichten. Grundsätzlich dürfen keine Schulstandorte aufgegeben werden. Das bedeutet neben modernen Klassenräumen auch Gelegenheiten für Nachmittagsangebote, Menschen und Räume für Lehrkräfte, Verwaltung und Schulsozialarbeit.

Im Grundschulbereich steht immer noch für knapp ein Viertel aller Kinder keine Betreuung zur Verfügung. Gerade im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026 müssen Betreuungsangebote – im Pakt für den Ganztag oder in Horten – erweitert werden.

Junge Menschen müssen beim Übergang von der Schule in den Beruf und in ein eigenständiges Leben unterstützt werden. Das schafft ihnen individuell eine Perspektive und wirkt gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegen. Die Jugendberufsagentur mit ihren vielfältigen Unterstützungsangeboten wollen wir ausbauen. Auch Anlaufstellen wie diese zählen zur sozialen Infrastruktur einer Stadt.

Studierende (im Wintersemester 23/24 waren es rund 40.000 an den vier Hochschulen) prägen das Stadtbild. Jedoch sollten sie weiterhin nicht nur in der Innenstadt, sondern auch dezentral lernen: Der Campus Dieburg der Hochschule Darmstadt sollte langfristig erhalten bleiben. Es braucht eine gute verkehrliche Anbindung, möglichst durch eine Straßenbahn, aber auch durch den „Radweg der Wissenschaften“, der künftig Darmstadt und Dieburg schnell und sicher verbinden soll.

Wir behandeln berufliche Ausbildung und Studium gleichwertig. Das schafft Zusammenhalt und Wachstum. Hierzu gehört auch, neben Studierendenwohnheimen gezielt Wohnraum für Auszubildende in vergleichbaren Strukturen zu schaffen.

Neben KiTas, Schulen und Hochschulen müssen auch Dritte Orte bestehen können: Zivilgesellschaftliche Organisationen, Initiativen und Vereine brauchen Räume zum Zusammenkommen und für den Austausch. Diese sind auch von besonderer Bedeutung, wenn es um kulturelle Bildung geht.

Auch künftig ist es nötig, dass sich Kultur in den Stadtteilen abspielt. Wir befürworten dezentrale Angebote und Veranstaltungsorte. Auch deshalb ist die Stadtteilarbeit des Staatstheaters wichtig, die Kultur zu den Menschen bringt.

Wir unterstützen den Plan, am Standort der heutigen Stadtbibliothek ein Bildungszentrum aus öffentlicher Bibliothek und der Volkshochschule zu etablieren. Dieses sollte auch Angebote und Orte für Vereine bereitstellen, etwa zu den Themen interkulturelle Kommunikation, Digitalisierung und Datenschutz. Auch der Bücherbus leistet einen wichtigen Beitrag, um kulturelle Bildung in die Stadtteile zu bringen.

Der Club- und Musikkultur mangelt es in Darmstadt zunehmend an Räumen. Im Rahmen der weiteren Entwicklung des Kreativquartier Pallaswiesen- und Mornewegviertel (PaMo) soll ein Angebot für Band- und Proberäume entstehen.

Stadtfeeste, Stadtteilstafe und Kerben spielen in Darmstadt eine wichtige Rolle. Für Schaustellerbetriebe und Vereine sind die bürokratischen Auflagen - etwa in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen - eine enorme Belastung. Diese möchten wir so niedrig wie möglich halten und Unterstützung bieten.

Die städtische Kulturförderung soll in ihrer neuen Struktur dafür sorgen, dass Kultur nicht zum Luxus wird und allen offensteht. Wichtige Kultureinrichtungen müssen unbedingt erhalten werden.

Wir wollen die Demokratieförderung in Darmstadt ausbauen. Das Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir dazu stärken. Es soll neben eigenen Maßnahmen auch Initiativen fördern und Netzwerke aufbauen, die unsere Demokratie stärken.

Zu Demokratieförderung gehört auch eine langfristige Absicherung zivilgesellschaftlicher Projekte von Vereinen, Organisationen und Initiativen. Ziel ist, jene zu unterstützen, die sich für unsere liberale Demokratie einsetzen und sich gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Darmstadt ist seit 2025 nicht mehr Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Über dieses Programm wurde viele Jahre lang zivilgesellschaftliches Engagement, zum Beispiel Ausstellungen, Veranstaltungsreihen oder Workshops, gefördert. Das Amt für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt soll vor allem die Projektförderung weitgehend übernehmen, damit auch kleinere Initiativen sich weiterhin an der Demokratieförderung beteiligen können.

Eine aktive Erinnerungsarbeit hat in Darmstadt eine lange Tradition. Das bedeutet nicht bloßes ritualisiertes Gedenken, sondern eine offensive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgenden des Nationalsozialismus. Die Lehren aus Zweitem Weltkrieg und Holocaust zeigen, wie wichtig uns eine liberale und weltoffene Demokratie sein muss. Gerade und immer wieder dann, wenn Rechtspopulisten unsere demokratischen Institutionen und liberale Gesellschaft infrage stellen und unverhohlen Feindbilder und negative Pauschalurteile über Menschen propagieren, muss Demokratieförderung besonders unterstützt werden.

Wir wollen, dass Angebote der Erinnerungsarbeit besonders bei jungen Menschen beworben werden, sodass zum Beispiel Schulklassen oder Jugendhäuser bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen teilnehmen oder gezielt Angebote für sie zur Verfügung stehen.

Zur Demokratieförderung gehört auch, dass lokale demokratische Institutionen ihre Lösungskompetenz beweisen, damit sich nicht mehr Menschen enttäuscht von ihnen abwenden. Und zum Zusammenwachsen der Stadt gehört eine aktive Förderung gesellschaftlicher Integration. Dies gelingt nur mit Dialog und Begegnung. So entstehen Verständigung und Respekt statt Ausgrenzung und Vorurteile. Deshalb muss der interkulturelle und interreligiöse Austausch intensiviert werden.

Eine wichtige Voraussetzung zur Integration sind Sprachkurse. Sie fördern den Zugang zum Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe.

Auch queere und feministische Themen werden wir nicht vernachlässigen. Die gleichberechtigte Teilhabe marginalisierter Gruppen ist für uns Teil der Stadtentwicklung. Denn ein gutes Zusammenleben in Darmstadt gibt es nur mit gesellschaftlicher Teilhabe für alle.

Wir verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der Bildung, kulturellen Dialog und soziale Inklusion miteinander verbindet.

Leider provoziert Vielfalt häufig Vorurteile. Ganz gleich, welchen Geschlechtes oder welcher sexuellen Orientierung, alle Menschen müssen ihr Leben in unserer Stadt selbstbestimmt entfalten können. Deshalb ist auch hier Toleranz, Akzeptanz und Antidiskriminierungsarbeit wichtig für eine lebendige, vielfältige und zukunftsfähige Stadtgemeinschaft.

2.5. Sport und Freizeit

Darmstadts Sportstätten sind nicht mit der Bevölkerung mitgewachsen. Das zeigt auch der 2022 vom Darmstädter Sportamt vorgestellte „Darmstädter Sportbericht“. An Sport- und Freizeitangeboten darf daher, auch bei knapper Haushaltslage, nicht gespart werden. Das gilt sowohl für Sportstätten im Eigentum der Stadt als auch für von gemeinnützigen Vereinen betriebene Sportanlagen.

Zu einer attraktiven Freizeitgestaltung gehören öffentliche Plätze mit Angeboten für Kinder unterschiedlichen Alters. Neben Spielplätzen brauchen wir Bewegungs- und Sportplätze für alle Altersgruppen mit besonderem Augenmerk auf Jugendliche und junge Erwachsene. Wir wollen im Zuge der Klimaanpassung die Spielplätze in Darmstadt um einen modernen Wasserspielplatz in einer zentralen Parkanlage erweitern.

Die öffentlichen Schwimmbäder in Darmstadt müssen erhalten bleiben. Sie müssen bezahlbar und barrierefrei sein, damit sie von allen Menschen genutzt werden können. Außerdem sind der Schul- und Vereinssport sowie Schwimmkurse auf sie angewiesen. All das ist die Grundlage dafür, dass sich möglichst viele Menschen sicher in Gewässern bewegen können und sich die Zahl der Ertrinkenden reduziert. Der Zugang zu Schwimmbädern und Badesseen soll in Darmstadt für alle Kinder und Jugendlichen kostenfrei sein. Damit Betriebskosten stabil und Eintrittspreise bezahlbar bleiben, müssen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung laufend auf dem aktuellen Stand der Technik gehalten werden.

Unsere Vereine brauchen Platz und Unterstützung. Denn sie stellen einen infrastrukturellen und sozialen Ankerpunkt dar. Digitale Verzeichnisse wie das Sportstättenkataster müssen fortlaufend aktualisiert werden und als Basis für die künftige Entwicklung dienen.

Inklusion im Sport- und Freizeitbereich muss weiter gefördert werden. Erkenntnisse und Strukturen – wie etwa aus dem mit einem Bundespreis ausgezeichneten Projekt „ViiAS“ – müssen in einem Zusammenspiel aus Stadt, Sportkreis und Umland weiterverfolgt und dauerhaft etabliert werden, damit alle am Vereinsleben teilhaben können.

Debatten, wie auch jene um den nun beschlossenen Ersatzneubau der Rollsporthalle am Bürgerpark, machen deutlich, dass zwischen verschiedenen Interessenslagen nicht immer ein Konsens über den Umgang mit Bestandsstrukturen besteht, entsprechende Diskussionen aber unbedingt geführt werden müssen. In diesem Fall konnte, gestützt durch eine Bedarfsanalyse, eine effiziente Lösung mit vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten gefunden werden, die den Schul- und Vereinssport im Gebiet nachhaltig sichern. Das ist auch wünschenswert für andere Stadtteile.

In Darmstadt sind viele Ehrenamtliche in Vereinen aktiv. Vereine suchen neue Aktive oder Menschen suchen einen Verein für Sport, Kultur oder soziale Aktivitäten. Das Vereinsverzeichnis des Stadtwirtschaftsportals soll breiter beworben werden. Menschen, die neu nach Darmstadt ziehen, sollen künftig bereits im Zuge der Anmeldung beim Bürger- und Ordnungsamt über das Vereinsverzeichnis informiert werden.

Eine qualifizierte Beratung in der Sportentwicklung als Teil der Stadtentwicklung sowie eine konstruktive Vereinsentwicklung aber auch individuelle Beratung für alle Bevölkerungsgruppen müssen in Darmstadt weiterhin gewährleistet sein.

Neben Sportstätten verschiedener Art sind auch öffentliche Räume von Bedeutung, in denen sich Menschen für unterschiedliche Freizeitaktivitäten aufzuhalten. Öffentliche Räume sollten barrierearm zugänglich und damit ein Ort für alle sein.

Öffentliche Sport-, Park- und Grünanlagen müssen in die Stadtentwicklung einbezogen werden. Sie dienen nicht nur der Erholung, Bewegung und Begegnung. Besonders mit Blick auf den Klimawandel erfüllen sie eine wichtige Funktion. Sie fördern die Artenvielfalt und ihre Lebensräume. Im Gegensatz zu geschlossener Bebauung sind Stadtviertel mit Grünanlagen besser gegen steigende Temperaturen geschützt. Innerhalb der Stadtviertel müssen Standorte für große Bäume geprüft und bei der Entwicklung neuer Quartiere von Beginn an mitgedacht werden.

Die Resilienz der Stadt Darmstadt vor Starkwetterereignissen und Hitze muss explizit gestärkt werden. Vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kleinkinder und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sind besonders auf Hitzeschutzräume angewiesen. Es braucht Sitzmöglichkeiten und Trinkwasser. Auch eine konsequente Begrünung durch schattenbringende Bäume und Sträucher trägt dazu bei. Der Schutz unserer Wälder und bereits bestehender Grünflächen ist essenziell. Die Biodiversität auf öffentlichen Flächen muss vorangebracht werden, auch Urban Gardening Initiativen können einen Beitrag leisten.

Nachhaltigkeit muss hier und in anderen Bereichen stets in mehreren Dimensionen gedacht werden: sozial, ökologisch, und ökonomisch.

2.6. Gesundheits- und Notfallversorgung

Eine gute Gesundheits- und Notfallversorgung ist ein Grundrecht. Gesundheitsversorgung sollte solidarisch, wohnortnah und in öffentlicher Hand sein und den Menschen dienen. Die Notfallversorgung muss für alle in jedem Stadtteil sichergestellt werden.

In Darmstadt gibt es jedoch erhebliche Lücken in der medizinischen Versorgung. Einige Stadtteile sind (fach-)ärztlich unversorgt. Die derzeitigen Versorgungsgrenzen der Kassenärztlichen Vereinigung an den Stadtgrenzen sind unrealistisch und orientieren sich nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vor Ort und in der Region.

Wir setzen uns für eine flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung ein – barrierefrei, erreichbar und gerecht. In besonders betroffenen Stadtteilen wollen wir kommunale Initiativen zur Gründung Medizinischer Versorgungszentren (MVZs) unterstützen. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg zeigt seit Jahren, dass MVZs Versorgungslücken erfolgreich schließen können – dieses Modell wollen wir auch in unserer Stadt weiterentwickeln, etwa auf dem Klinikgelände im Eberstädter Süden. Eine Facharztversorgung soll durch neue Gesundheitszentren (MVZs) sichergestellt und durch Gesundheitskioske und kommunale Unterstützungsangebote ergänzt werden.

Immer mehr Menschen werden älter und wollen in ihren angestammten Quartieren wohnen bleiben. Auch wenn sie nicht pflegebedürftig sind, benötigen sie – häufig temporär – Unterstützung bei der Bewältigung des alltäglichen Lebens. Deshalb wollen wir perspektivisch in allen Stadtteilen das Konzept der Gemeindepflege vorantreiben. Diese hat die Aufgabe, nachbarschaftliche Hilfen und Unterstützungssysteme zu organisieren. So schließen wir eine Lücke zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung.

In Psychiatrie und Psychotherapie braucht es eine verbesserte Versorgung – insbesondere im stationären Bereich bestehen aktuell große Engpässe, die Menschen in akuten Krisen gefährden.

Auch digitale Gesundheitslösungen müssen gestärkt werden, unter anderem durch kommunale Initiativen – von Telemedizin bis Terminmanagement. Barrierefreiheit sollte in allen Gesundheitsangeboten gegeben sein – baulich, digital und sprachlich.

Eine gemeinsame Holding für das Städtische Klinikum und das Elisabethenstift kann ein sinnvoller Schritt zur Sicherung der stationären Versorgung sein – aber nur unter klaren Bedingungen: Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)

muss uneingeschränkt gelten. Die zukünftige Trägerschaft muss in öffentlicher Hand bleiben. Entscheidungen innerhalb einer möglichen gemeinsamen Holding müssen gleichberechtigt, transparent und partnerschaftlich getroffen werden.

Unsere Einsatzkräfte leisten Herausragendes. Damit sie im Notfall schnell und effektiv helfen können, müssen sie über moderne Infrastruktur verfügen. Der zügige Bau der neuen Feuerwachen Süd (Donnersbergring) und Nord (Pfnorstraße/Gräfenhäuser Straße) hat für uns hohe Priorität – mit realistischer Personalplanung und technischer Ausstattung.

Unsere Pflegeeinrichtungen unterschiedlicher Fachrichtungen und Patientengruppen brauchen mehr Wertschätzung und Sicherheit – mit fairem Lohn, besseren Arbeitsbedingungen und bezahlbarem Wohnraum. Der demographische Wandel erfordert etwa mehr geriatrische Versorgung und Pflegeangebote und Unterstützung für Angehörige. Aber auch Neugeborene und ihre Familien sollten bestmöglich versorgt werden, etwa von Hebammen, die unter guten Bedingungen arbeiten können.

Ohne Migration kein funktionierendes Gesundheitssystem: Wir setzen uns für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Sprachförderung und eine gelingende Integration medizinischer Fachkräfte ein. Beim TVöD darf es keine Abstriche geben – faire Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse sind für uns nicht verhandelbar. Für uns steht fest: Gesundheit darf keine Ware sein.

Mit dem Neubau des Scentral wird eine wichtige Anlaufstelle für suchtkranke Menschen geschaffen. Dabei muss das Interesse der Mehrheit der Stadtgesellschaft, den öffentlichen Raum sicher zu nutzen, mit dem wichtigen Anspruch auf Unterstützung der Minderheit austariert werden. Veränderungen im Konsumverhalten, wie der verstärkte Crack-Konsum und zukünftig ein möglicher Fentanyl-Konsum, muss Rechnung getragen werden. Dabei sollte auch externe Expertise, etwa aus Frankfurt, eingeholt werden. Der Außenbereich des Scentral muss schnellstmöglich fertiggestellt und die Einrichtung um einen Konsumraum mit Inhalationsmöglichkeit ergänzt werden. Bis dahin muss Konflikten um die Nutzung des öffentlichen Raums mit Sozialarbeit und einer verstärkten Präsenz von Polizeikräften in Verbindung mit dem Durchgreifen gegen Dealer entgegengewirkt werden.

3. Ein Darmstadt. Für alle.

Die von der Wissenschaftsstadt Darmstadt mit der TU Darmstadt auf Initiative von Oberbürgermeister Hanno Benz organisierte Konferenz „Zusammen wachsen“ am 11. Oktober 2024 war der Auftakt und ein erster Schritt hin zu einer laufenden Debatte in unserer Stadt und der Region. Wir begrüßen, dass bei der Konferenz auch Akteurinnen und Akteure des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Wort kamen und dass der Darmstädter Oberbürgermeister formuliert hat: Darmstadt ist keine Insel.

Auch die Kooperation mit der Technischen Universität Darmstadt und die Beteiligung von Expertise aus Wissenschaft und Praxis spiegelt dabei die Ansprüche einer Wissenschaftsstadt wider. Am 28. November 2025 wird die zweite Wachstumskonferenz stattfinden.

Die SPD Darmstadt beteiligt sich am Dialog, holt sich Input und Expertise ein und positioniert sich mit ihrem Programm zu allen mit Blick auf das städtische Wachstum relevanten Themenfeldern.

Folgende Ziele sind uns wichtig: Das Wachstum der Stadt Darmstadt muss mit all seinen Wirkungen auf Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Mobilität, Bildung, Kultur, Sport und Freizeit sowie Gesundheits- und Notfallversorgung zusammenhängend organisiert und gestaltet werden. Die Darmstädter Innenstadt sowie die Stadtteile sind gleichberechtigte Teile dieses Prozesses. Die Entwicklung der Stadt wird auch gemeinsam mit dem Umland gestaltet.

Debatten werden in allen angesprochenen Feldern unter Beteiligung der Betroffenen geführt. Bürgerbeteiligungsverfahren werden so gestaltet werden, dass auch diejenigen mitsprechen, die sich üblicherweise wenig beteiligen oder häufig überhört werden.

Um Planung und Realisierung der sozialen Infrastruktur in einer wachsenden Stadt an den Bedarfen der Stadtteile auszurichten, ist für die SPD eine datenbasierte und integrierte Sozial- und Stadtentwicklungsplanung notwendig.

Ziel der SPD ist eine bedarfsgerechte (soziale) Infrastruktur in allen Stadtteilen. So werden lebendige Quartiere mit gestärkten Nachbarschaften für alle möglich. Nur so können Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten eine starke Stadtgemeinschaft bilden.

Die SPD Darmstadt wird das Wachstum der Stadt sozial und gerecht gestalten. Nicht allein, sondern gemeinsam mit den Menschen, als solidarisches und starkes Team.

Auf den Punkt

Das Wachstum der Stadt muss sozial und gerecht gestaltet werden. So wachsen wir weiter zusammen und sorgen dafür, dass Darmstadt eine Stadt für alle bleibt. Wir kämpfen für ein Darmstadt, in dem alle

1. in der Nähe gute Arbeitsplätze sowie Einkaufs- und Dienstleistungsangebote vorfinden,
2. sozialverträglich bezahlbaren Wohnraum finden,
3. mobil sind,
4. einen Platz im Betreuungs- und Bildungssystem finden und unter guten Bedingungen lernen können,
5. den öffentlichen Raum nutzen und ihre Freizeit gestalten können,
6. Zugang zu einer funktionierenden medizinischen Versorgung haben.

Unsere Forderungen für die Kommunalwahl 2026

Die nachfolgenden Positionen und politischen Forderungen sind Teil unseres Wahlprogramms zur Kommunalwahl 2026 „Ein Darmstadt. Für alle.“ Jedem Abschnitt stellen wir die Kernforderungen aus der programmatischen Einleitung voran. So ergibt sich ein vollständiger Überblick über das politische Programm der SPD Darmstadt zu kommunalen Themen.

3.1. Arbeit und Wirtschaft

3.1.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Ideale von „Guter Arbeit“ ernst nehmen, auch in der Stadtwirtschaft oder bei städtisch finanzierten Trägern.
- > Wirtschaftspolitik zukunftsfähig gestalten
- > Erhalt auch industrieller Strukturen und Arbeitsplätze
- > Professionelle Anwerbung neuer Betriebe, umfassendes Flächenmanagement und Unterstützung von Existenzgründungen
- > Berufsschulstandort Darmstadt sichern
- > Handwerkerhöfe auf dem Messplatz ermöglichen (Mischnutzung Gewerbe und Wohnen)
- > Innenstadt- und Stadtteilkerne durch Mischnutzung (Bildung, Handel, Freizeit) beleben
- > Interkommunale Gewerbegebiete (z. B. mit Weiterstadt) entwickeln
- > Gewerbe auch auf Kuhnwald-Gelände/Starkenburg-Kaserne ansiedeln
- > Strategische Flächenpolitik einführen, Flächenankauf erleichtern, Vorkaufsrecht stärken

3.1.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.1.2.1 Transformation der Wirtschaft aktiv unterstützen

Wir setzen auf eine gerechte Transformation der Industrie. Arbeitsplätze müssen gesichert, aber auch klimaneutral gestaltet werden. Dazu wollen wir bestehende Unterstützungsmöglichkeiten wie den Hessenfonds nutzen, um die Industrie zu transformieren und Betriebe, die in nachhaltige Technologien investieren, zu unterstützen.

3.1.2.2 Inklusionsstrategie „Gute Arbeit“ aufsetzen

Die SPD will auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Stadt und Stadtverwaltung verbessern. Dafür wollen wir als Eigenvorgabe und Vorgabe in den städtischen Unternehmen aufstellen, die Schwerbehindertenquote von fünf Prozent zu übersteigen. Darüber hinaus werden wir städtische Beschäftigte im Umgang mit unterschiedlichsten körperlichen Beeinträchtigungen sensibilisieren und fortbilden. Das Zusammenführen von Aufgaben in einem kommunalen Inklusions- und Vielfaltsbüro für Beratung und Beteiligung sowie Umsetzung der Behindertenrechtskonvention soll außerdem dazu beitragen, Inklusion voranzubringen.

3.1.2.3 Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzen

Die SPD will dafür sorgen, dass die Stadt im Rahmen des Darmstädter Beteiligungskodex bei der Transparenz von Entgeltregelungen, die in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten gilt, mit gutem Beispiel vorangeht. Im Zuge dessen werden wir auch die Vergabe der Leistungszulagen geschlechtersensibel überprüfen. Wir wollen, dass Frauen genauso viel verdienen und nach den gleichen Kriterien entlohnt werden, wie ihre männlichen Kollegen.

3.1.2.4 Gute Arbeit bei städtischen Vergaben sicherstellen

Wir werden uns dafür einsetzen, bei städtischen Vergaben alle im Rahmen des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, um Kriterien wie Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung und Ausbildung zu berücksichtigen.

3.1.2.5 Ausbildungen in Sozialberufen angemessen vergüten

Wir setzen uns dafür ein, das auf zwei Jahre befristete Landesprogramm „Praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PiVA)“ fortzusetzen und weiter zu finanzieren.

3.1.2.6 Glasfaser für alle

Wir streben den Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes an. Dabei sehen wir eine große Chance in der Kompetenz der stadteigenen Entega. Schon jetzt treibt sie den Ausbau von Glasfaser selbst oder in Kooperation mit anderen Unternehmen voran. Hieran wollen wir festhalten und gleichzeitig die Bemühungen intensivieren. Auch die Kooperation mit der bauverein AG und anderen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir vorantreiben. Auch Unternehmen und Start-ups sind von einer guten digitalen Infrastruktur abhängig, insbesondere von einer schnellen Internetanbindung. Zur optimalen Gestaltung der Digitalisierung sollen daher alle Darmstädter Gewerbegebiete mit Glasfaseranschlüssen versorgt sein.

3.1.2.7 Kleine und mittelständische Unternehmen stärken

Bis Mitte 2023 konzentrierte sich die Wirtschaftsförderung auf Großunternehmen, insbesondere auf Management-, Marketing-, Marktforschungs- und Personalfragen. Die SPD will die Wirtschaftsförderung vom Kopf auf die Füße stellen und einen Fokus auf kleinere und mittelständische Unternehmen sowie Existenzgründungen legen. Das betrifft den Erhalt und die Ansiedlung des Einzelhandels in der City und in den Stadtteilen, die Förderung für Gewerbe- und Handwerksbetriebe, bestmögliche Rahmenbedingungen für Gründerzentren wie das HUB31, die Hilfestellung für Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die freiberuflich Tätigen.

3.1.2.8 Einzelhandel in der City stärken

Wir bekennen uns zum Einzelhandel und den damit verbundenen Arbeitsplätzen vor Ort. Die SPD setzt sich dafür ein, die Einkaufsstadt Darmstadt trotz immer stärkeren Wettbewerbs auch zukünftig zu erhalten. Deswegen wollen wir den Einzelhandel bei der Neugestaltung der Innenstadt und beim ÖPNV-Ausbau beteiligen.

3.1.2.9 Kaufhof wieder beleben

Die SPD in Darmstadt setzt sich für eine sinnvolle Nutzung des ehemaligen Kaufhof-Gebäudes in der Innenstadt ein. Als zentrales Kaufhaus in unserer Innenstadt muss mittelfristig ein angemessenes Angebot im Gebäude etabliert werden, das den Ansprüchen der Menschen in der Stadt genügt. Dazu streben wir einen städtischen Dialog mit dem Einzelhandel, Kulturschaffenden, Vereinen sowie dem Land und den Darmstädter Hochschulen an. Stadtverträgliche Entwicklungen werden nur möglich, wenn der Druck auf den Eigentümer der Immobilie erhöht wird.

3.1.2.10 Nahversorgung in den Stadtteilen sichern

Gerade junge Familien, Ältere und Menschen mit Behinderungen brauchen eine wohnortnahe Versorgung mit den Produkten des täglichen Bedarfs. Der Einzelhandel ist wichtig, um die Nahversorgung in allen Stadtteilen zu sichern. Niemand sollte lange Wege auf sich nehmen müssen, um sich mit Lebensmitteln oder Medikamenten versorgen zu können. Die SPD will die Nahversorgung in allen Darmstädter Stadtteilen wieder sicherstellen und dabei die Gewerbevereine maßgeblich einbinden.

3.2. Wohnen

3.2.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Spekulativen Leerstand durch kommunale Satzung verhindern
- > Tauschbörse für Wohnungswechsel stärken und Mieten bei Tausch nur sozialverträglich anpassen
- > Büroflächen in Wohnraum umwandeln
- > Konsequent gegen Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen
- > Gesetzliche Mitpreisbremse zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung nutzen
- > Prinzip „Sanierung vor Neubau“ befolgen
- > Beratungsangebote wie eine Mietpreisprüfstelle auch für Darmstadt einrichten
- > Mehr Aufstockungen (Bauen in die Höhe) zulassen
- > Für Berufstätige mit Kindern Abweichungen bei den Einkommensgrenzen für geförderten Wohnraum ermöglichen
- > Einrichtungen für Frauen und Kinder in Not ausbauen
- > Barrierefreien Wohnungsbau weiter fördern
- > Neue Stadtteile: soziale und nutzungsdurchmischte Strukturen planen
- > Neubauten: Energieverbrauch minimieren, Grünflächen und Hitzeschutz einplanen
- > Öffentliche Begegnungsorte (ohne Konsumzwang) und Grünflächen schaffen
- > Quartiere wie Eberstadt-Süd und Lincolnsiedlung mit sozialer Infrastruktur und Hausmeisterdiensten stärken
- > Kooperation mit Umlandkommunen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums vertiefen

3.2.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.2.2.1 Bauverein: Neue Gemeinnützigkeit umsetzen

Die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit im Jahr 1990 war ein Sündenfall der deutschen Wohnungspolitik. Wir werden daher die bauverein AG an den Prinzipien der Neuen Gemeinnützigkeit orientieren. Überschüsse sollen im Unternehmen verbleiben und vor allem in die Sanierung des Bestandes gelenkt werden. Unser Ziel sind dauerhaft bezahlbare Mieten. Darüber hinaus sollte in klimagerechte Quartiersentwicklungen sowie den Bau neuer Wohnungen investiert werden. Die Governance-Strukturen müssen entsprechend angepasst werden, um demokratische Kontrolle und Gemeinwohlorientierung zu stärken.

3.2.2.2 Mietenanstieg bremsen

Um bezahlbares Wohnen langfristig zu sichern, will die SPD die Mietentwicklung in der Stadt und bei der bauverein AG dämpfen. Hierzu nutzen wir die Möglichkeiten der Mietpreisbegrenzung aktiv und entwickeln den Mietspiegel weiter. Dabei berücksichtigen wir konsequent alle Neu- und Bestandsmieten, denn die gesetzliche Mietpreisbremse trägt konsequent zur Dämpfung der Mieten bei.

3.2.2.3 Ausschüttungen des Bauvereins für fünf Jahre aussetzen

Um die finanziellen Mittel der bauverein AG konsequent für die Sanierung des Bestandes und soziale Wohnungsprojekte zu nutzen, möchte die SPD die Ausschüttung von Gewinnen für fünf Jahre aussetzen. Diese Mittel werden zweckgebunden für die Sanierung der Altbestände, Entwicklung neuer Wohngebiete, energetische Sanierungen und den Bau von Azubi- oder Werkswohnungen für soziale Berufe eingesetzt.

3.2.2.4 Bezahlbarer Wohnraum für soziale Berufe

Viele Beschäftigte in sozialen Berufen leiden besonders unter den hohen Mietpreisen in Darmstadt. Die SPD setzt sich dafür ein, die Stadt und die Stadtwirtschaft als soziale Arbeitgeberin weiterzuentwickeln – nicht nur durch betriebliche Maßnahmen, sondern auch durch die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. Gemeinsam mit öffentlichen Trägern wie dem Klinikum, den Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen sowie der bauverein AG können wir Wohnungen nach dem Kostendeckungsprinzip bereitstellen – insbesondere für Pflegekräfte, Mitarbeitende in inklusiven Einrichtungen, Kindertagesstätten sowie weiteren sozialen Diensten. Das entlastet die Beschäftigten finanziell, wirkt dämpfend auf den Mietspiegel und stärkt die Attraktivität sozialer Berufe in Darmstadt.

3.2.2.5 Azubi-Wohnheim errichten

Auch Auszubildende sind stark vom Mietdruck betroffen, da ihre Vergütung meist niedrig ist. Wir wollen daher mindestens ein Azubi-Wohnheim errichten lassen, um jungen Menschen in Ausbildung bezahlbaren Wohnraum zu bieten. Damit leisten wir einen konkreten Beitrag zur Stärkung der beruflichen Bildung, verbessern die Vereinbarkeit von Ausbildungsplatz, Berufsschule und Wohnort und fördern die Zusammenarbeit von Betrieben und Bildungseinrichtungen sowie die Gleichwertigkeit von dualer Ausbildung und Studium.

3.2.2.6 Besondere Wohnformen fördern

Um die Vielfalt des Wohnens zu stärken und gemeinwohlorientierte Angebote zu fördern, unterstützt die SPD Wohnungsgenossenschaften und selbstorganisierte Wohngruppen. Diese tragen in besonderem Maße zur sozialen Stabilität in den Quartieren bei. In neuen Entwicklungsgebieten sollten städtische Grundstücke gezielt an solche Initiativen vergeben werden – unter der Voraussetzung, dass

auch hier ein Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen entsteht. Gleichzeitig muss ein Rückgriff der Stadt auf das Grundstück möglich sein, um langfristige Gestaltungsspielräume zu erhalten.

3.2.2.7 Altersgerechtes Wohn- und Quartierszentrum schaffen

Die SPD befürwortet ein Wohn- und Quartierszentrum nach dem Vorbild des WoQuaZ in Weiterstadt. Hier werden quartiersbezogene Wohnformen, smarte Assistenzsysteme und niedrigschwellige Unterstützungsangebote intelligent miteinander verknüpft. Das stärkt das soziale Miteinander und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter oder mit Unterstützungsbedarf.

3.2.2.8 Stadtteilzentren systematisch aufwerten

Die Stadtteilzentren sind nicht mehr zeitgemäß. Darunter leidet die Aufenthaltsqualität. Lediglich in Arheilgen wurde mit dem Löwenplatz und im Rahmen eines großen Sanierungsprogramms eine attraktive Stadtteilmitte geschaffen. Die SPD wird Maßnahmen ergreifen, um die Stadtteilzentren der am Rande gelegenen Stadtteile prioritär und systematisch aufzuwerten. Dazu zählen die Schönbergstraße in Wixhausen, das Einkaufszentrum am See in Kranichstein (als faktische Stadtteilmitte), der Straubplatz in der Heimstättensiedlung und die Stadtteilmitte in Eberstadt zwischen Wartehalle und Kirche. In Eberstadt wird mit dem Bärbel-Six-Platz zusätzlich ein Quartierszentrum aufgewertet werden. Als Auftakt wollen wir jeweils zu einer Bürgerversammlung einladen und gemeinsam mit der Bevölkerung Entwicklungspläne schmieden, die qualitätsvolle, barrierefreie Stadtteilzentren mit Gastronomie und Einzelhandel schaffen.

3.2.2.9 Kehrsatzung reformieren und Zwangsbekehrung beenden

Wir werden die Kehrsatzung dahingehend reformieren, dass die neu hinzugekommenen Stadtteile selbst entscheiden können, ob und wie bei ihnen gekehrt werden soll.

3.2.2.10 Boden bevorraten

In der Vergangenheit hat die Stadt Darmstadt mehr Grundstücke verkauft, als sie gekauft hat. Die SPD will mit diesem Trend brechen und eine aktive Bodenbevorratung betreiben. Das trägt dazu bei, die nicht vermehrbare Ressource Boden der Spekulation zu entziehen.

3.3. Mobilität

3.3.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > ÖPNV regional ausbauen, Pendelverkehr stärker berücksichtigen
- > ÖPNV erschwinglich machen, Modell „kostenlos am Samstag“ testen und Aushändigen von Seniorentickets prüfen
- > Straßenbahnerschließung für neue Strecken prüfen – Betroffene beteiligen
- > Neues Straßenbahndepot zeitnah bauen
- > Barrierefreiheit im ÖPNV sicherstellen
- > HeinerLiner in bestehendem Umfang erhalten
- > ÖPNV weiter hin zu Elektromobilität entwickeln, Sharing-Angebote ausbauen
- > Radwegeprogramm „Sichere Radwege“ starten
- > Überregionale Radwege (z. B. nach Frankfurt, Dieburg) ausbauen
- > Fahrradabstellanlagen schaffen, auch videoüberwacht
- > Bordsteinabsenkungen an Gehwegen, gerade an Kreuzungen schaffen
- > Der Neubau der Rheinstraßenbrücke hat oberste Priorität
- > Erleichtertes Parken für bestimmte Berufsgruppen
- > Erarbeitung eines integrierten Verkehrsentwicklungsplans

3.3.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.3.2.1 Besitzbare Stadt bauen

Die täglichen Wege verändern sich im Laufe des Lebens. Gerade für ältere Menschen sind Strecken zum Bäcker, Supermarkt oder Arzt anstrengender als zuvor. Die SPD will das Projekt „besitzbare Stadt“ angehen. Dazu möchten wir Wege älterer Menschen in unserer Stadt analysieren und Bänke und Sitzgelegenheiten installieren. Denn wer sich unterwegs nicht ausruhen kann, wenn es nötig ist, wird wahrscheinlich gar nicht erst loslaufen.

3.3.2.2 Barrierefreiheit verbessern

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums in Darmstadt ist die Barrierefreiheit noch nicht flächendeckend gegeben. Dies betrifft vor allem bauliche Aspekte von Plätzen, Haltestellen für den ÖPNV und öffentliche Toiletten, aber auch Aufzüge und Ampelanlagen mit fehlenden akustischen und taktilen Signalgebern. Bei Plätzen und Haltestellen fehlen darüber hinaus Blinden-Leitsysteme, Zufahrtsmöglichkeiten für Rollstühle und Strukturen für stark gehbehinderte Menschen. Auch sind einige Sportstätten, Kultureinrichtungen, Schulen und städtische Kitas nicht für alle nutzbar. Neben dem barrierefreien Zugang zu Gebäuden werden wir uns auch für barrierefreie Wege einsetzen. Als ersten

Schritt wird die SPD daher ein Programm zur Absenkung von Bordsteinen auflegen. Davon profitieren nicht nur mobilitätseingeschränkte Personen, sondern auch Eltern mit Kinderwägen.

3.3.2.3 Mobilität für alle geht nur gemeinsam - Unsere Perspektive

Für uns gilt der Grundsatz: überall mobil, egal wie. Ob mit Bus, Bahn, Fahrrad, Auto oder zu Fuß, alle Mobilitätsbedürfnisse haben eine Berechtigung. Wir sorgen für eine faire Verteilung der Flächen. Eine gerechte Verteilung ist notwendig, da in unserer gewachsenen Stadt nicht beliebig viel Platz zur Verfügung steht und wir gleiche Rechte für alle Verkehrsträger wollen.

3.3.2.4 Mobilitätsstationen

Wir prüfen ein Konzept der Mobilitätsstationen: Das bedeutet ein stadtweites Netz an Stationen, die ÖPNV, Fahrradabstellanlagen, Bike-Sharing, Carsharing, E-Scooter, Ladepunkte, Taxi/Kiss-and-Ride sowie Paketstationen an gut erreichbaren Orten bündeln. Damit verkürzen wir Umsteigzeiten. Besonders wollen wir damit an den Stadträndern attraktive Park and Ride Stationen schaffen, die das Verkehrsaufkommen innerhalb der Stadt reduzieren sollen, indem sie eine schnelle Alternative anbieten.

3.3.2.5 ICE-Anbindung für alle gestalten

Die Neubaustrecke Rhein-Main-Rhein-Neckar ist seit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens das größte Infrastrukturprojekt der Region. Die Anbindung Darmstadts an das ICE-Netz entscheidet über die Anbindung unserer Stadt an das deutsche und europäische Schienennetz, über die wirtschaftliche Entwicklung und über unsere Stellung im überregionalen Kontext. Davon profitiert auch die umliegende Region erheblich. Die SPD setzt sich im Rahmen der aktuellen Vorzugsvariante für einen übergesetzlichen Lärmschutz ein. Damit geht nicht nur eine angemessene Berücksichtigung Darmstadts bei der Entwicklung des europäischen Schienennetzes einher, sondern auch der Schutz der Menschen vor Lärm sowie vor übermäßigen Eingriffen in Wälder und Naherholungsgebiete.

3.3.2.6 Ausweitung der ÖPNV-Betriebszeiten prüfen

Um die Mobilität in einer wachsenden Stadt sicherzustellen, wollen wir eine Ausweitung der Betriebszeiten des öffentlichen Nahverkehrs prüfen. Dadurch soll eine bessere Erreichbarkeit auch in den Nachtstunden gewährleistet werden. Dies unterstützt insbesondere Menschen in Schichtarbeit und erhöht zugleich die Attraktivität städtischer Kultur- und Freizeitangebote.

3.3.2.7 ÖPNV barrierefrei zugänglich machen

Die SPD setzt sich für die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Alle Fahrzeuge des ÖPNV sollen daher bei Neubeschaffung unabhängig von der Haltestelle möglichst einen barrierefreien Einstieg ermöglichen. Barrierefreiheit gewährt mehr Komfort und Zugänglichkeit für alle, unabhängig von besonderen Bedürfnissen, temporären oder dauerhaften Einschränkungen.

3.3.2.8 Verkehrssicherheit schaffen

Viele Menschen fühlen sich im Stadtverkehr nicht sicher. Die SPD will die Sicherheit, insbesondere zu Fuß und mit dem Rad, erhöhen. Daher verfolgen wir eine Vision Zero mit dem Ziel, dass es keine Toten und Verletzten mehr im Darmstädter Straßenverkehr gibt. Verkehrsplanung werden wir an den ungeschütztesten Verkehrsteilnehmenden orientieren.

3.3.2.9 Baulich getrennte Radwege einrichten

Ein lückenloses Radwegenetz ermöglicht ein komfortables Vorankommen im Stadtzentrum, die schnelle Erreichbarkeit der Ortsteile und der Region. Die SPD will mittelfristig an weiteren Hauptstraßen sichere, baulich getrennte Radwege bauen. Getrennte Trassen reduzieren die Zahl an Unfällen deutlich und ermöglichen allen ein sicheres Fahrgefühl, wovon auch profitiert, wer mit dem Auto unterwegs ist.

3.3.2.10 Radfahren attraktiver machen

Die SPD wird die Mobilitätsbedingungen für das Fahrrad verbessern. Immer häufiger sind Fahrräder auch Teil des ruhenden Verkehrs. Deshalb müssen mehr gesicherte Abstellflächen geschaffen werden, auch Fahrradparkhäuser und Radboxen. Das gilt vor allem an größeren ÖPNV-Haltestellen und Verbindungsknoten. Mit den hierfür zuständigen Betreibern wollen wir das Gespräch aufnehmen und sie gegebenenfalls auch verpflichten.

3.3.2.11 Radfahren in Nebenstraßen ausweiten und sicherer machen

Auch in den Nebenstraßen will die SPD durch bauliche Maßnahmen, farbliche Hinterlegungen und eine zeitgemäße Beschilderung sichere und geführte Radrouten in den Stadtvierteln schaffen, die das Hauptnetz ergänzen. Dort, wo entlang von Hauptverkehrsachsen keine baulich getrennten Radwege umgesetzt werden, wollen wir eine naheliegende Nebenstraße zur Fahrradstraße umwidmen.

3.3.2.12 E-Sooter

Auch E-Scooter sind eine Fortbewegungsmöglichkeit. Allerdings muss das wilde Abstellen streng reguliert werden. Dazu gehören im öffentlichen Raum verpflichtende Parkzonen.

3.3.2.13 Quartiersgaragen und Ladeinfrastruktur einrichten

Auch bei Umsetzung aller Maßnahmen der Mobilitätswende werden Menschen weiterhin auf ein Auto angewiesen sein, um zur Arbeit zu fahren, um Angehörige zu besuchen und um Orte zu erreichen, die unter zumutbaren Bedingungen mit dem ÖPNV nicht zu erreichen sind. In der Zeit, in der Fahrzeuge nicht benutzt werden, sollten sie wohnortnah abgestellt werden können. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung von Quartiersgaragen ein, die den öffentlichen Parkraum

entlasten und gleichzeitig sichere Abstellplätze für Autos sind. Elektrofahrzeugen sollte in parkraumbewirtschafteten Zonen das kostenlose Parken für einen gewissen Zeitraum gestattet sein.

3.3.2.14 Lademöglichkeiten für E-Autos

Zusätzlich muss jedes neu entwickelte Quartier mit Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge ausgestattet sein. Viele Vorschriften erschweren die Einrichtung von Ladevorrichtungen. An Wohnhäusern sollten Eigentümer mehr Möglichkeiten haben, um Ladevorrichtungen anzubringen oder das Laden zu vereinfachen, wenn das E-Autos am Gehweg direkt vor dem Haus steht.

3.4. Bildung und Kultur

3.4.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen (bes. Eberstadt, Innenstadt, Wixhausen)
- > Praxisintegrierte, vergütete Ausbildung PivA für Fachkräfte in KiTas als Standard
- > KiTa-Assistenzkräfte einsetzen
- > Gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit Landkreis Darmstadt-Dieburg aufstellen
- > Mehr Schulplätze schaffen, Sanierungen am Ganztagsmodell orientieren
- > Ganztagsbetreuung an Grundschulen ausbauen (Rechtsanspruch ab 2026)
- > Jugendberufsagentur ausbauen
- > Wohnraum für Auszubildende schaffen
- > Kinder- und Jugendbeteiligung stärken
- > Neues Bildungszentrum aus Stadtbibliothek + VHS etablieren
- > Club- und Musikkultur durch Band- und Proberäume im Kreativquartier PaMo sichern
- > Schaustellerbetriebe und Vereine bei Stadt(teil)festen und Kerben unterstützen
- > Städtische Kulturförderung ausbauen, Kultur für alle offenhalten
- > Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- > Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund fördern
- > Queere & feministische Themen in Kultur- und Bildungsarbeit berücksichtigen

3.4.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.4.2.1 Gute Arbeit in Kunst und Kultur ermöglichen

Ein besonderer Arbeitsbereich ist der Kunst- und Kulturbetrieb. Hier hat sich die Gestaltung guter Arbeit als besonders herausfordernd erwiesen. Die SPD wird prüfen, ob und wie die Mindesthonorare in die Kulturförderrichtlinien einbezogen werden können. Denn auch in Kunst und Kultur müssen Arbeitsbedingungen nach Maßgabe dieses Programms gesichert werden. Das Staatstheater soll ebenfalls zu einem guten Arbeitsplatz mit guten Arbeitsbedingungen für seine engagierten Beschäftigten werden.

3.4.2.2 Berufsschulentwicklung mit dem Landkreis und in der Region

Um unsere Region auch zukünftig zu stärken und zu festigen, sehen wir perspektivisch einen gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplan mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg als zielführend an. Des Weiteren wollen wir eine geordnete Entwicklung der berufsschulischen Entwicklung in Zusammenarbeit

mit der IHK für die gesamte Region Südhessen vorantreiben. Nach der Sanierung des Berufsschulzentrums Nord hat die Sanierung und der Ausbau des Berufsschulzentrums Mitte Priorität. In Kooperation mit den Schulleitungen, der SV und Personalräten sollen die zeitgemäßen Bedarfe an Räumen und inhaltlichen Schwerpunkten ermittelt werden, um lokale und praxisorientierte Lösungen anbieten zu können.

3.4.2.3 Ausbildungspreis ausloben

Berufsausbildung findet zu einem großen Teil in den Betrieben statt. Um einen Anreiz zu schaffen, auf hohem Niveau auszubilden und die duale Ausbildung wertzuschätzen, soll ein städtischer Ausbildungspreis eingeführt. Erhalten sollen ihn Betriebe, die sich in besonderer Weise um die Berufsausbildung verdient gemacht haben. Die Kriterien des Ausbildungspreise sollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden erstellt werden.

3.4.2.4 Wissenschaftsfreiheit sichern, Zukunft mit Wissenschaft gestalten

Die TU Darmstadt und unsere Hochschulen sowie die vielen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind prägende Institutionen unserer Wissenschaftsstadt. Grade in Zeiten, in denen die Wissenschaftsfreiheit unter Druck steht, stehen wir solidarisch an der Seite der Wissenschaft. Expertise aus diesen Institutionen werden wir in die Entwicklung der Zukunft unserer Stadt einbeziehen.

3.4.2.5 Betreuungsplätze bedarfsgerecht weiterentwickeln

Die SPD wird die Betreuungsplätze im U3- und Ü3-Bereich weiterentwickeln, sodass für alle Familien eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Kinderbetreuung sichergestellt wird. Jede Einrichtung übernimmt wichtige Aufgaben für Betreuung, Bildung und die kognitive wie soziale Entwicklung unserer Kinder. Hier kann schon früh ein individueller Förderungsbedarf festgestellt und berücksichtigt werden. Kitas fördern soziale Interaktion zwischen Kindern, Kreativität und Bewegung und sie vermitteln Kompetenzen und Fähigkeiten, welche die weitere Bildungslaufbahn beeinflussen. Mit dem Ausbau der Kitas stärken wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3.4.2.6 Regionale Ungleichheit im Kita-Ausbau auflösen

Während Stadtteile wie Ahreilgen und das Martinsviertel eine gute Versorgung aufweisen, fehlt es in anderen Stadtteilen an einem ausreichenden Angebot. So beträgt der Versorgungsrad im U3-Bereich in Eberstadt nur 37,5 Prozent, in DA-Mitte 38,1 Prozent. Dadurch verschärfen sich bestehende Ungleichheiten. Die SPD wird ihren Fokus beim Kitausbau daher auf benachteiligte Stadtteile legen und so eine wohnortnahe Betreuung für ganz Darmstadt sicherstellen. Die Berücksichtigung der Kinderbetreuung ist elementarer Bestandteil der Stadtteilentwicklung.

3.4.2.7 Kitas zu Familienzentren ausbauen

Die SPD wird den Ausbau von Familienzentren an den Kindertagesstätten in Darmstadt vorantreiben. Stadtteilbezogene Familienzentren, die generationenübergreifend Angebote machen, bringen verschiedene Kräfte der Bildungslandschaft zusammen. Wir wollen dort regelmäßig Beratungsangebote zu Fragen von Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förderung anbieten. Damit schaffen wir niedrigschwellige Angebote für alle Familien und Menschen in den Stadtteilen in Darmstadt.

3.4.2.8 Kitas sanieren und multifunktional nutzen

Mit längeren Betreuungszeiten der Kinder werden Gebäude und Einrichtungen anders und intensiver genutzt. Daher will die SPD die Gebäude, Räume und die Ausstattung kontinuierlich entwickeln. Dabei möchten wir alle Anforderungen, die sich aus Inklusionsansprüchen ergeben, berücksichtigen. Im Besonderen wollen wir darauf achten, dass sanitäre Anlagen in einem guten Zustand sind. Wo es möglich ist, sollen Kindertagesstätten durch eigene Speiseräume erweitert werden. Wir streben die Schaffung von ganztägig multifunktional nutzbaren Räumen an, welche die Kindertagesstätten auch für Veranstaltungen im Stadtteil öffnen.

3.4.2.9 Trägervielfalt stärken

In Darmstadt gibt es eine verlässliche Zusammenarbeit zwischen Trägern, Verwaltung und Kommunalpolitik. Die SPD bekennt sich zur Trägervielfalt und zum Prinzip der Subsidiarität. Das heißt, dass die Stadt die Aufgabe der Koordination und Rahmensetzung über die Qualitätsstandards in Kindertagesstätten festlegt und Trägerschaften an freie Träger der Jugendhilfe vergibt. Um dies kompetent tun zu können, muss die Stadt auch in gewissem Umfang selbst Träger sein. Wir werden die Trägervielfalt aufrechterhalten und durch Kommunikation auf Augenhöhe allen Trägern verlässlicher Partnerin sein. Bei der Vergabe der Trägerschaften sind die in Darmstadt ansässigen Träger zu bevorzugen.

3.4.2.10 Beschäftigte bei Kita-Trägern gleich behandeln

Beschäftigte freier und kirchlicher Träger dürfen nicht bessergestellt werden, als Angestellte der Stadt. Das finden wir richtig. Es darf aber umgekehrt auch keine Schlechterstellung geben. Deshalb müssen Sozialleistungen, wie das Jobticket, für alle Beschäftigten der Stadt auch für freie Träger finanziert werden.

3.4.2.11 Betreuungshürden abbauen

Trotz der Bedeutung von Kindertagesstätten für die Entwicklung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen einige Kinder nicht in die Betreuung. Gründe dafür können vielfältig sein. Wenn sich dahinter soziale Benachteiligungen verbergen, sind Maßnahmen notwendig, die diesen Familien eine bessere Teilhabe an frühkindlicher Förderung und Bildung eröffnen. Ein solches Maßnahmenpaket will die SPD schüren. Um Aufstieg durch Bildung zu gewährleisten und Familien zu entlasten, streben wir eine echte

Beitragsfreiheit an – ganztags und für alle Altersgruppen. Die Gebührenfreiheit der Betreuungseinrichtungen ist dabei eine einzigartige indirekte Einkommenserhöhung für junge Eltern. Wir setzen uns daher auf Landesebene dafür ein, die Gebührenfreiheit von sechs auf acht Stunden täglich auszuweiten.

3.4.2.12 Kultur für Kinder und Jugendliche kostenlos zugänglich machen

Jugendliche und Kinder sollen selbstbestimmt und unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern an unserer Gesellschaft teilhaben können. Unsere Kultur, Kunst und Geschichte müssen auch außerhalb der Schule erlebbar sein. Deshalb will die SPD einen kostenlosen Zugang zu städtischen Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche ermöglichen.

3.4.2.13 Medienpädagogik in Jugendarbeit integrieren

Medien wie Facebook, Twitter, Instagram, YouTube, Reddit und TikTok sind soziale Netzwerke, in denen sich Kinder und Jugendliche tagtäglich bewegen. Gemeinsam mit dem Institut für Medienpädagogik und dem Haus der digitalen Medienbildung sollen die Angebote in Darmstadt für einen verantwortungsvollen Umgang in den Medien weiterentwickelt werden. Diese sollen in die Jugendbildungsarbeit, die Ferienspiele und die Jugendhäuser dauerhaft integriert werden. Dabei haben wir die jüngeren Altersgruppen besonders im Blick: Angebote für unter 14-jährige sollten etwa nicht primär über soziale Medien beworben werden.

3.4.2.14 Flächen für Jugendkultur schaffen

Kunst benötigt geeignete Atelierräume und junge Bands brauchen Proberäume. Dafür will sich die SPD einsetzen. Wir möchten zudem weitere legale Flächen zum Sprayen in unserer Stadt schaffen. Das Gleiche gilt für die kreativen Plätze zum Musizieren, für Improvisationstheater, Comedy, Poetry Slams uvm.

3.4.2.15 Flexible Schuleingangsphasen einführen

Zur weiteren Stärkung der Grundschulen will die SPD die flexible Schuleingangsphase an weiteren Grundschulen umsetzen. Dabei werden die Lerninhalte der ersten beiden Klassestufen in einem bis drei Jahren vermittelt – ganz nach dem individuellen Lerntempo des Kindes.

3.4.2.16 Weiter neue Grundschulen schaffen

Die Zunahme der Geburten und der Zuzug in die Stadt sind von der Stadtregierung jahrelang ignoriert worden. Dank hartnäckigem Druck der SPD ist es gelungen, die Forderungen nach fünf neuen Grundschulen mehrheitsfähig zu machen. Bisher wurden drei neue Grundschulen gebaut. Zwei weitere befinden sich in Planung. Wir wollen weiterhin den Grundschulbau priorisieren. Denn nach wie vor herrscht ein akuter Raummangel, der zu Fachraumumwidmungen und Auslagerungen führt. Aus der Bevölkerungsprognose geht hervor, dass die Zahl der schulpflichtigen Kinder aller Voraussicht nach weiter steigen wird. Hinzu kommt das Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/2027, aus dem ebenfalls steigende Anforderungen an Schulräume

resultieren. Wir wollen die Kapazitäten an Grundschulen erhöhen. Dies kann durch Neubau und durch Erweiterung geschehen. Wir setzen wir uns dafür ein, der räumlichen Abdeckung in allen Stadtteilen Rechnung zu tragen.

3.4.2.17 Integrierte Gesamtschulen für die Zukunft

Die Bevölkerungsentwicklung wird mit geringem zeitlichem Verzug auf die allgemeinbildenden Schulen treffen. Unsere Forderung nach neuen integrierten Gesamtschulen (IGS) ist im Schulentwicklungsplan berücksichtigt. Nur diese Schulform wirkt der ungerechten Selektion nach sozialem Status entgegen. Damit stärken wir die Bildungsgerechtigkeit, die Chancengleichheit, das soziale Lernen und die individuelle Entfaltung von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Planungen für eine weitere IGS auf den Weg bringen.

3.4.2.18 Darmstädter Gymnasien erhalten und Oberstufe stärken

Darmstadt ist stolz auf die Dichte an traditionsreichen Gymnasien mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten. Wir wollen die Gymnasien dabei unterstützen, ihre individuellen Profile zu stärken. Erhalt stellt eine wesentliche Bedingung für die Bildungsvielfalt in unserer Stadt dar. Beim Bau von weiterführenden Schulen wird die SPD in mindestens eine davon eine gymnasiale Oberstufe integrieren. Die gymnasiale Oberstufe, die Fachoberschule und die beruflichen Gymnasien stellen einen zentralen Baustein für den Aufstieg durch Bildung dar. Gerade wenn der Bildungsverlauf nicht geradlinig ist, gibt es hier die Möglichkeit, trotzdem eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. Die SPD setzt sich deswegen für die Stärkung dieser vielfältigen Bildungsmöglichkeiten ein.

3.4.2.19 Gymnasiale Angebote flächendeckend erhalten

Mit der Stadtteilschule in Arheilgen und der Erich-Kästner-Schule in Kranichstein haben wir vollständige Schulangebote in der Sekundarstufe für die nördlichen Stadtteilen Darmstadts. Auch im Süden der Stadt ist dies mit der Gutenbergschule der Fall. Die SPD wird diese Bildungsgänge erhalten und nach Möglichkeit stärken.

3.4.2.20 Reinigungstaktung erhöhen

Zu einer guten Lernumgebung gehören saubere Räume. Die SPD wird daher den Reinigungstakt an den Darmstädter Schulen wieder erhöhen, um gute hygienische Bedingungen für ein ansprechendes Lernumfeld zu gewährleisten.

3.4.2.21 Stadtviertel mit niedrigem Sozialindex bevorzugen

Die SPD wird Personal und Infrastruktur so regulieren, dass Stadtviertel mit erhöhtem Förderbedarf stärker berücksichtigt werden. Dazu werden wir die existierenden Daten wie Sozialindex und Bildungsbericht nutzen. Wir werden finanzielle Mittel, wo es möglich ist, nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen, sondern so nutzen, dass die vorhandenen Bildungsungleichheiten strukturell ausgeglichen werden. Damit nutzen wir eine Möglichkeit, auf kommunaler Ebene für mehr Bildungsgerechtigkeit zu kämpfen.

3.4.2.22 Sozialräumliche Schulsozialarbeit ausweiten

Unsere Kinder brauchen gute Beratung, Begleitung und Unterstützung. Sie sollen gesund und fit heranwachsen. Die SPD bekennt sich zu dem Ansatz, Quartiere und Stadtteile sozialräumlich zu gestalten und auszubauen. Dies beinhaltet vor allem den Ausbau der Sozialarbeit sowie der Sozialraumplanung in den entsprechenden Quartieren und damit einer Aufwertung sozialpädagogischer Arbeit. Dies vorausgesetzt soll eine engere Verzahnung vor allem zwischen Schulsozialarbeit, aber auch Musik-, Sport-, und Kulturvereinen sowie Sozialen Diensten erreicht werden. Deshalb werden wir die sozialräumliche Schulsozialarbeit ausbauen und die Anzahl der Stellen für die Schulsozialarbeit und die Unterstützung der Gesundheit der Kinder verdoppeln. In diesem Bereich eingesetzte Gesundheitsscouts sollen intensiv mit den Sportvereinen im Quartier zusammenarbeiten. Dabei schließen wir die Grund-, Förder- und Berufsschulen ausdrücklich mit ein. Wir wollen eine engere Verzahnung zwischen Schulsozialarbeit, den Jugendeinrichtungen, Vereinen, sozialen Institutionen und den Familien an allen Schulformen erreichen.

3.4.2.23 Schulen durch Hortbetreuung unterstützen

Ganztagschule heißt nicht, Unterrichtszeiten willkürlich zu verlängern. Bis unsere Schulen echte gebundene Ganztagschulen mit eigenen pädagogischen Konzepten sind, benötigen Familien eine zuverlässige und pädagogisch begleitete Betreuung. Der Pakt für den Nachmittag bietet keinen Betreuungsumfang in dem Maße, den viele Familien benötigen. Die SPD wird die Horte in Darmstadt erhalten.

3.4.2.24 Digitale Medienkonzepte an Schulen umsetzen

Die Herausforderung der Digitalisierung im Schulbereich heißt vor allem, digitale Kompetenzen zu stärken. Als Schulträger steht die Stadt Darmstadt in der Verantwortung, moderne und vielfältige Lernumgebungen anzubieten. Die digitale Ausstattung aller Darmstädter Schulen ist leider noch immer nicht abgeschlossen und muss dringend vollzogen werden. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung und Fortschreibung der Medienentwicklungsplanung ein. Die SPD wird die Schulen bei der Entwicklung und Weiterentwicklung pädagogischer Medienkonzepte unterstützen, damit Kinder sich kritisch und reflektiert in der digitalen Welt zurechtfinden. Dabei setzen wir auf die Fortführung und Stärkung des Hauses der digitalen Medienbildung und auf die Zusammenarbeit mit weiteren Kooperationen. Auch das Thema KI wird hierbei von immer größerer Bedeutung sein.

3.4.2.25 Medienarbeit für Seniorinnen und Senioren intensivieren – WLAN in allen Altenheimen

Auch für ältere Menschen ist das Internet längst zum zentralen Lebensbestandteil geworden. Ob zur Unterhaltung, zur Bildung oder für den Kontakt mit Familie und Bekannten: Alter darf kein Zugangshindernis zu den Möglichkeiten der neuen Medien darstellen. Wir werden uns daher für Fortbildungen im Themenkomplex Digitalisierung, sicherer Umgang im Internet und mit Smartphones, Nutzung

von Cloud-Diensten und weiteren Themen an der Volkshochschule, den Familienzentren, den Alten- und Servicezentren und der Stadtbibliothek sowie der Verbraucherberatung einsetzen. Die Umsetzung des Landesprogramm der Di@-Lotsen unterstützen wir.

3.4.2.26 Ausbau der Sprachförderung

Ein zentraler Baustein für Bildungserfolg ist das korrekte Erlernen der Sprache. Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse verlieren schnell den Anschluss. Daher müssen Vorlaufkurse und Vorklassen in Kitas oder Grundschulen ausgeweitet werden. Wir wollen das als Schulträger im Raumprogramm von Grundschulen berücksichtigen.

3.4.2.27 Kulturelle Bildung fördern

Die Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche in der offenen Arbeit des kommunalen Jugendbildungswerks und in anderen Bildungseinrichtungen will die SPD ausbauen. Das heißt, dass kulturvermittelnde Angebote besser gefördert werden. Wir wollen Kulturelle Bildung als Brücke zwischen Kunst bzw. Kultur, freien Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsbetrieben und der Bürgerschaft stärken. Vor allem Kinder und Jugendliche profitieren hinsichtlich ihrer Entwicklung in besonderem Maße von Angeboten Kultureller Bildung und ihnen wird kulturelle Teilhabe ermöglicht.

3.4.2.28 Kultur im öffentlichen Raum durch stadtteilorientierte Angebote stärken

Straßen und Plätze werden lebendig, wenn Anlässe geschaffen werden. Zielgruppen- und stadtteilorientierte Angebote der Breitenkultur sind wichtig, weil sie den Zugang zum kulturellen Angebot erleichtern. Dazu gehören stadtteilbezogene Feste, die auch thematisch orientiert sind, wie beispielsweise Straßentheaterfestivals. Auch unser Heinerfest, als größtes Volksfest Südhessens mit einer langen Tradition, und das Schlossgrabenfest gehören für uns zum kulturellen Leben der Stadt. Die SPD wird diese Feste nach Kräften unterstützen. Dies gilt auch für die Schausteller in unserer Stadt, insbesondere vor dem Hintergrund gestiegener Sicherheitsauflagen.

3.4.2.29 Räume für Jugendkultur

Bei freiwerdenden städtischen Liegenschaften soll künftig standardmäßig geprüft werden, ob eine (Zwischen-)Nutzung für Jugendkultur möglich ist. Dadurch sollen mehr Räume für kreative Entfaltung, soziale Begegnung und kulturelle Teilhabe junger Menschen entstehen.

3.4.2.30 Staatstheater weiterentwickeln

Die SPD bekennt sich zum Staatstheater mit seinem hochwertigen Angebot als Vierspartenhaus. Es ist mit dem Schauspiel und Tanz, der Oper und einem hervorragenden Orchester ein Bestandteil unserer urbanen Lebensqualität und ein Magnet für die Menschen unserer Region und darüber hinaus. Im kulturellen Leben unserer Stadt spielt es eine zentrale Rolle. Das Staatstheater ist auch

Arbeitgeber für viele engagierte Beschäftigte, denen wir einen guten Arbeitsplatz und gute Arbeitsbedingungen sichern wollen. Mit der Wiedereröffnung des kleinen Hauses bricht auch ein neues Kapitel in der Geschichte des Hauses an.

3.4.2.31 Landesmuseum unterstützen

Das Landesmuseum als Universalmuseum mit seiner 200-jährigen Tradition und seinem einmaligen Bestand ist es konstitutiver Bestandteil unserer Kulturstadt. Es hat die Aufgabe, Kunst zu sammeln, zu präsentieren und zu vermitteln. Darin werden wir das Haus nach Kräften unterstützen. Das gilt auch für die Bereitstellung von zeitgemäßen Depotflächen.

3.4.2.32 Kulturpreise erhalten und Jugendkulturpreis prüfen

Die SPD setzt sich dafür ein, die traditionellen Darmstädter Kulturpreise wie den Georg Büchner-Preis, den Johann-Merck-Preis, den Sigmund-Freund-Preis, den Wilhelm-Loth-Preis, den Ricarda-Huch-Preis und den Darmstädter Musikpreis zu erhalten und zu fördern. Wir schätzen außerdem die Arbeit der Darmstädter Sezession mit dem Sezessionspreis für junge Kunstschaaffende und die breite Arbeit bildender Kunstschaaffender in unserer Stadt.

3.4.2.33 Exzellenz weiter fördern

Die international und überregional anerkannten Kulturinstitute der Literatur, der bildenden Kunst und der Musik brauchen ebenso weiterhin eine solide Finanzierung. Diese wird die SPD bereitstellen. Die Akademie für Sprache und Dichtung, das deutsche Poleninstitut, das internationale Musikinstitut, das Jazzinstitut, das PEN-Zentrum und das Institut für Neue Musik sind besondere Einrichtungen, die Darmstadt zur Kulturstadt machen.

3.4.2.34 Welterbe erlebbar machen

Das Welterbe Mathildenhöhe ist ein kulturelles Aushängeschild unserer Stadt. Wir werden sicherstellen, dass der Welterbestatus erhalten bleibt. Die Planung für ein Informationszentrum wollen wir weiterführen. Wir unterstützen die Osthang-Initiative bei ihrer Weiterentwicklung und Anbindung an das Welterbe.

3.5. Sport und Freizeit

3.5.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Sport- und Freizeitangebote trotz knapper Kassen sichern
- > Schwimmäder erhalten, bezahlbar & barrierefrei gestalten
- > Vereine unterstützen, Sportstättenkataster laufend aktualisieren
- > Inklusion im Sport dauerhaft verankern
- > Vereinsverzeichnis breiter bewerben, Neuzugezogene informieren
- > Beratung in Sport- und Vereinsentwicklung sicherstellen
- > Öffentliche Grünanlagen, Sitzmöglichkeiten, Trinkwasserspender, Toiletten ausbauen
- > Biodiversität, Urban Gardening und Begrünung fördern
- > Hitzeschutzräume für vulnerable Gruppen schaffen
- > Öffentliche Räume barrierearm zugänglich machen

3.5.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.5.2.1 Wald- und Wasserspielplätze einrichten

Der Wald ist für Kinder nicht nur ein spannender Erlebnisraum, sondern auch ein Lernort. Die SPD will daher den nicht mehr nutzbaren Waldspielplatz in Arheilgen wieder errichten oder einen anderen geeigneten Ort suchen. Damit sich Kinder niedrigschwellig mit dem Element Wasser auseinandersetzen können, möchte die SPD in Darmstadt einen neuen Spielplatz als reinen Wasserspielplatz errichten.

3.5.2.2 Bespielbare Stadt bauen

Neben Angeboten der Sportvereine brauchen Kinder und Jugendliche vielfältige Möglichkeiten der Bewegung und Aktivität. Wir wollen in der gesamten Stadt Spiel- und Sportmöglichkeiten in Form von Bewegungselementen und -flächen schaffen. Beim Neubau und bei der Umgestaltung von Spielflächen achten wir insbesondere auf inklusive und altersübergreifende Angebote. Gleichzeitig werden Spiel- und Bewegungsflächen im öffentlichen Raum, die speziell Kinder und Jugendliche adressieren, durch regelmäßige Evaluationen des Sportamts und der Sportforen sowie durch besondere Projektförderung stetig weiterentwickelt und auch neu geschaffen. So sollen auch neue Bedarfe in Quartieren und Stadtteilen erfasst und erkannt werden, um das Bewegungsangebot im öffentlichen Raum zielgerichtet zu vergrößern.

3.5.2.3 Bewegungselemente im öffentlichen Raum verankern

Neben Spielplätzen, Spielstraßen und öffentlichen Sportflächen für Fußball, Skatesport oder Basketball wollen wir auch innovative Bewegungsangebote wie Bewegungsparcours stärker im öffentlichen Raum etablieren. Dabei sollen auch spezielle Angebote an ältere Menschen und Menschen mit Behinderung entstehen – insbesondere Parks und Grünflächen bieten sich zur Schaffung von Bewegungsflächen für alle an. Orte für solche offenen Angebote werden in den Sportstättenentwicklungsplan integriert.

3.5.2.4 Betrieb von Sportstätten flexibel und bedarfsgerecht fördern

Vereine mit eigenen Liegenschaften sind von Haushaltssperren aufgrund der teilweise ausbleibenden Förderung der Betriebs- und Energiekostenzuschüsse besonders betroffen. Die Vereine brauchen aber auch grundsätzlich eine umfassende, bedarfsgerechte und flexiblere Unterstützung, die auf Basis des Darmstädter Sportstättenkatasters ermöglicht wird. Die SPD will diese im Rahmen des neuen Sportentwicklungsplanes umsetzen.

3.5.2.5 Neuen und verbindlichen Sportstättenentwicklungsplan aufsetzen

Darmstadt braucht endlich einen neuen und verbindlichen Sportstättenentwicklungsplan, der eine langfristige Zukunftsvision für die Darmstädter Sportlandschaft aufzeigt. Diesen werden wir und das Sportamt in Zusammenarbeit mit Vereinen in den Stadtteilen sowie dem Sportkreis und dem Landessportbund erarbeiten. Bedürfnisse und Bedarfe in Stadtteilen, die Interessen der Vereine und des Breitensports sollen dabei zukunftsfähig zusammengeführt werden, um Orte für Sport und Bewegung dauerhaft und verbindlich zu sichern. So können auch Investitionen in Sportstätten und die Schaffung von Bewegungsflächen oder auch Kooperationen zielgerichtet integriert und langfristig geplant und angelegt werden.

3.5.2.6 Investitionen in vereinseigene Sportstätten unterstützen

Noch immer gibt es große Sanierungsbedarfe bei vielen vereinseigenen Sportstätten. Sportvereine mit eigenen Liegenschaften sollen bedarfsgerecht und angemessen bei Investitionen in ihre Sportanlagen unterstützt werden. Die SPD will einen Zuschuss von 50 Prozent im Bereich der Investitionen in vereinseigene Sportstätten auf die Beine stellen, wie es bis zur Neufassung der Sportförderrichtlinien Praxis war. Dabei wollen wir Kooperationen zwischen Sportvereinen in den Stadtteilen fördern und mit weiteren fünf Prozent, also insgesamt 55 Prozent, bezuschussen. Ein zusätzlicher Anreiz für Kooperationen ist sinnvoll. Vereine, denen Kooperationen nicht möglich sind, sollen bei der Investitionsförderung aber nicht benachteiligt werden.

3.5.2.7 Durch Sport das soziale Miteinander fördern

Sportangebote sowie Sport- und Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche wird die SPD besonders fördern. Deshalb werden wir die Netzwerkarbeit zwischen Vereinen, Schulen, Trägern der Jugendhilfe und dem Jugendamt stärken.

Wir werden zielgruppengerechte Projekte für die Stärkung von Kindern und Jugendlichen, für Inklusion und Integration, fördern. In bestimmten Quartieren kann Schulsozialarbeit vor Ort die Vereine und Projektarbeit unterstützen.

3.5.2.8 Schulen als Orte von Bewegung und Sport stärken

Wer Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche fördern will, muss dies vor allem in den Schulen tun. Dies betrifft zum Beispiel die Schulhöfe, die bewegungsfreundlich gehalten oder gemacht werden müssen. Hierfür will die SPD Schulbau- und Schulhofsanierungsprogramme stärker als bisher im Hinblick auf Sport und Bewegung ausrichten und dementsprechende Maßnahmen vorantreiben und um Aspekte der Bewegungsförderung ergänzen. Das gilt auch für den curricular verankerten Schulsport, für den die Schulen moderne und taugliche Sporthallen benötigen. Wir unterstützen und fördern Kooperationen von Schulen, aber auch Kinderbetreuungseinrichtungen mit Sportvereinen. Gerade hinsichtlich der Ganztagsangebote eröffnen sich dabei gleichermaßen Chancen, um Sportangebote zu stärken, für Sportarten zu werben oder Talente zu entdecken.

3.5.2.9 Modellprojekt Sport und Inklusion verstetigen

Mit ViiAS – Vielfältige, innovative, inklusive Angebote im Sport existiert in Darmstadt und Umgebung ein bundesweit anerkanntes Modellprojekt zur Nutzung der Chancen des Sports für die Inklusion. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, wird die SPD es weiterführen.

3.5.2.10 Eintritt für Kinder und Jugendliche in Schwimmbädern kostenlos ermöglichen

Der Zugang zu Schwimmbädern und Badeseen soll in Darmstadt für alle Kinder und Jugendliche kostenfrei sein. Wir wollen den Zugang zu Schwimmstätten als Bewegungsorte, aber auch als Begegnungsstätten von jungen Menschen öffnen. Damit wird auch der Schwimmsport gefördert, vor allem aber auch die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an diesem öffentlichen Sportangebot.

3.5.2.11 Engagement entbürokratisieren

Da ehrenamtliches Engagement in der Freizeit stattfindet, ist überbordende Bürokratie besonders unangemessen. Die SPD will daher das Ehrenamt gezielt entlasten, indem der bürokratische Aufwand für Vereine minimiert wird.

3.6. Gesundheits- und Notfallversorgung

3.6.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern (MVZs fördern)
- > Gemeindepflege in allen Stadtteilen vorantreiben
- > Psychologische und Psychiatrische Versorgung verbessern
- > Digitale Gesundheitsangebote ausbauen (Telemedizin etc.)
- > Holding Klinikum/Elisabethenstift nur mit TVöD und öffentlicher Trägerschaft
- > Neubau der Feuerwachen Süd & Nord priorisieren
- > Pflegeeinrichtungen: faire Löhne, bessere Bedingungen, bezahlbarer Wohnraum
- > Anerkennung ausländischer Abschlüsse + Sprachförderung für Fachkräfte stärken
- > Neubau des Scentral als Anlaufstelle für suchtkranke Menschen

3.6.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.6.2.1 Soziale Leitstelle einrichten

Viele Menschen erfahren den Sozialstaat als bürokratisch und werden von einer Stelle zur anderen verwiesen. Der oftmals schwierige Überblick, welche Leistungen zustehen oder Vorrang haben, verunsichert viele Menschen. Im schlimmsten Fall führt es dazu, dass notwendige Hilfen nicht in Anspruch genommen werden. Um das zu ändern, setzt die SPD auf eine serviceorientierte Sozialverwaltung. Wir wollen eine Soziale Leitstelle als Eingangsbehörde einrichten. Sie wird beispielsweise mit dem Versorgungsamt, der Deutschen Rentenversicherung, der Bundesagentur für Arbeit oder dem Integrationsamt partnerschaftlich zusammenarbeiten. Die Leitstelle unterstützt und beantwortet Fragen von all denjenigen, die in die Verwaltung kommen. Sie bietet Beratung an und hält auch notwendige Anträge bereit. Diese Angebote gibt es auch in einfacher Sprache und in den Hauptsprachen der in Darmstadt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.

3.6.2.2 Medizinische Versorgungszentren in weiteren Stadtteilen aufbauen

Darmstadt braucht eine ausreichende medizinische Versorgung in jedem Stadtteil. Wo das nicht dauerhaft gewährleistet ist, muss die Stadt eingreifen. Die medizinische Versorgungslage wird daher in den einzelnen Stadtteilen dauerhaft

beobachtet, um bei der Schließung von Praxen rechtzeitig Versorgungszentren einzurichten. Diese Zentren sollen als Gemeinschaftspraxen sicherstellen, dass dezentral die notwendige Versorgung an Haus- und Kinderarztpraxen, aber auch an Facharztpraxen gegeben ist.

3.6.2.3 Pflegebedarfsplanung umsetzen

Für die Stadt Darmstadt liegt erstmalig ein Pflegebedarfsplan bis 2025 vor. Dieser zeigt, die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und die ihres Umfeldes sind unterschiedlich. Das muss auch für die Angebote gelten. Bei klassisch ambulanten, teilstationären oder vollstationären Pflegeeinrichtungen fokussiert die SPD neben der Pflegequalität auch die Beschäftigten. Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sind für uns grundlegend für gute Arbeit. Private Häuser, die öffentlich ausschließlich mit Rendite und Investitionen in einem Wachstumsmarkt werben, halten wir für den falschen Weg. Wir wollen die Pflegebedarfsplanung umsetzen und dabei auf gute Rahmenbedingungen für das Personal und die pflegebedürftigen Menschen achten.

3.6.2.4 HIV/AIDS vorbeugen und behandeln

Wir setzen uns für eine medizinische Anlaufstelle für die HIV/AIDS-Behandlung ein. Medikamente wie PrEP sollen in den Darmstädter Apotheken erhältlich sein. Zudem sollen die STI-Tests im Gesundheitsamt Darmstadt anonym und kostenlos durchgeführt werden können.

3.7. Soziales und Sicherheit

3.7.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Aufwertung von Eberstadt-Süd und Lincolnsiedlung
- > Orte der Begegnung schaffen, die ohne Konsumzwang soziale Teilhabe ermöglichen
- > Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in allen Stadtteilen
- > Förderung guter Nachbarschaft zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- > Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum
- > Ausbau des Frauenhauses und der Kapazitäten für Frauen und Kinder in Gefahr
- > Maßnahmen zur Suchtprävention und Begleitung
- > Strukturen der Gemeindepflege etablieren

3.7.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.7.2.1 Einsamkeit begegnen – Gemeinschaft organisieren

Viele Menschen fühlen sich zunehmend einsam. Wir wollen Orte der Begegnung und des guten Zusammenseins unterstützen und schaffen.

3.7.2.2 Gewalt gegen Frauen konsequent verfolgen

Gewalt gegen Frauen bleibt oft ungesehen, weil sie selten zur Anzeige gebracht werden. Um gerichtsfeste Nachweise zu ermöglichen, wollen wir das Projekt „Medizinische Erstversorgung nach Vergewaltigung ohne polizeiliche Anzeige“ am Klinikum Darmstadt erhalten. Hier können Spuren von Misshandlungen gesichert werden, so dass sich betroffene Frauen auch später noch für eine Anzeige entscheiden können.

3.7.2.3 Anlaufstellen für Frauen erhalten und ausbauen

Wir setzen uns dafür ein, einen Ort zu finden, der den Bedarfen des Frauenzentrums und Frauenkulturzentrums entspricht. Den geplanten Neubau des Frauenhauses unterstützen wir ebenfalls. Diesen Institutionen sowie dem Beratungstelefon kommt nicht nur in der Krise eine enorme Bedeutung zu, um Frauen und Kinder aus häuslicher Gewalt zu befreien. Frauenhausplätze, Wohnungslosenunterkünfte speziell für Frauen und Notschlafplätze für Mädchen und junge Frauen muss es in ausreichender Zahl geben. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass alle Darmstädter Anlauf- und Beratungsstellen einschließlich des bundesweiten Hilfetelefons stadtweit bekannt, für alle Betroffenen leicht auffindbar und gut miteinander vernetzt sind. Dies gilt

ebenfalls für Beratungsangebote für Gewaltschutz im digitalen Raum. Frauen- und Mädcheneinrichtungen sowie Beratungsstellen müssen weiterhin in vollem Umfang finanziert werden.

3.7.2.4 Dunkle Ecken smart ausleuchten

Übergriffe und andere Delikte geschehen häufiger in der Nacht. Daher müssen Straßenbeleuchtungen verbessert werden, um „dunkle Ecken“ zu vermeiden. Wichtig hierfür ist Smart-Lighting, mit dem die Beleuchtung bewegungsabhängig gesteuert wird. Damit wird höhere Sicherheit sogar mit Energieeffizienz verbunden.

3.7.2.5 Kommunalen Präventionsrat stärken

Der Kommunale Präventionsrat der Stadt Darmstadt arbeitet ämterübergreifend mit der Polizei oder staatlichen Behörden wie Staatsanwaltschaft oder Schulamt zusammen, um den Ursachen örtlicher Kriminalität (v. a. Gewalt und Vandalismus) nachzugehen und Vorbeugungsmaßnahmen zu erarbeiten. Wir wollen diese Arbeit stärken und ausbauen, um neuen Herausforderungen zu begegnen. Dazu gehört eine gesicherte Finanzierung und Projektgruppen. Die Zielgruppenarbeit muss immer wieder angepasst werden. Präventionsarbeit trägt dazu bei, dass Kriminalität gar nicht erst vorkommt.

3.7.2.6 (Schutz-)Räume für queere Menschen

Das Queere Zentrum in der Oettinger Villa ist ein Raum, in dem in sicherer Atmosphäre hochwertige Beratung zu queeren Themen stattfindet. Wir setzen uns für spezialisierte Beratungsangebote für junge queere Menschen unter 14 Jahren ein, um sie und ihre Familien zu unterstützen. Wir werden das Zentrum, insbesondere mit Blick auf den barrierearmen Umbau, u.a. mit einer dritten pädagogischen Stelle unterstützen sowie den CSD mitfinanzieren.

Weiterhin sollen an Tagen von queerpolitischer Bedeutung Pride-Flaggen gehisst werden und an entsprechenden Tagen Veranstaltungen durchgeführt oder unterstützt werden, um Solidarität mit queeren Menschen auszudrücken.

Wir begrüßen Initiativen wie das queere Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SchLAU, das in Projekttagen an Schulen für Respekt und Akzeptanz gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen wirbt. So kann schon frühzeitig Diskriminierungserfahrungen vorgebeugt werden.

Zudem soll ein Aktionsplan für queere Sicherheit konzipiert werden, der auch pädagogisch-aufklärende Maßnahmen in Schulen und Fachseminare für und mit der Polizei beinhaltet.

Die Stelle der LSBTIQ-Koordination im Amt für Demokratie und Zusammenhalt wird als hauptamtliche Vollzeitstelle erhalten.

Beim Neubau oder Ersatzneubau von städtischen Einrichtungen und Sportstätten soll neben Damenbereichen und Herrenbereichen auch auf die Installierung von Einzeltoiletten, Einzelumkleiden und Einzelduschen geachtet werden, um allen Menschen die Nutzung sanitärer Anlagen ermöglichen zu können.

Die Stadt Darmstadt muss queere Geflüchtete besonders schützen und Diskriminierung in Unterkünften verhindern. Zudem sind spezielle Beratungs- und Betreuungsangebote für queere Geflüchtete nötig.

3.7.2.7 Integrationsstrategie forschreiben

Integration muss stärker als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert werden. Die städtische Integrationsstrategie wird daher fortgeschrieben. Die Angebote verschiedener lokaler Träger sollen darin stärker miteinander verknüpft werden. Entscheidende Grundlage für die Strategie ist die Sichtweise der Betroffenen. Der Erfahrungsschatz der Geflüchtetenhilfe in den letzten Jahren soll miteinbezogen und ein Integrationsmonitoring aufgebaut werden.

3.8. Stadtverwaltung der Zukunft

3.8.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- › Wir werden das größte digitale Arbeitsplatzprojekt der Stadtgeschichte umsetzen und dazu noch vor der Kommunalwahl ein eigenes Konzeptpapier vorlegen.

3.8.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.8.2.1 Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

Die SPD wird die Chancen der Digitalisierung in der Stadtverwaltung nutzen – für die Menschen in Darmstadt und für die Beschäftigten. So können wir interne Abläufe beschleunigen und die Arbeitseffizienz der Verwaltung insgesamt verbessern. Alle Beschäftigten der Verwaltung bekommen einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz, einschließlich Optionen zum mobilen Arbeiten sowie umfangreicher Schulungen. Auf der Website der Stadt finden die Menschen in Darmstadt alle relevanten Informationen schnell und intuitiv.

3.8.2.2 Digitalen Verwaltungszugang erleichtern

Durch Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes wird die Stadt Darmstadt in Zukunft über 500 Verwaltungsleistungen sowohl analog als auch digital anbieten. Dabei ist es wichtig, die Angebote für alle bekannt und einfach zugänglich zu machen. Dafür wird sich die SPD einsetzen.

3.8.2.3 Digitalstrategie diskriminierungsfrei umsetzen

Soziale Ungleichheiten spielen bisher im Rahmen der Digitalisierung der Arbeitswelt nur eine untergeordnete Rolle und die Digitalisierung behebt nicht automatisch benachteiligende Differenzierungen. Darum setzen wir uns für eine geschlechtergerechte und vielfaltssensible Digitalstrategie und Digitalstadt ein.

3.8.2.4 Ehrliche Bürgerbeteiligung

Die Leitlinien der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Bürgerbeteiligung werden wir weiterentwickeln. Ziel ist es, die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse und Fragen der Stadtentwicklung einzubinden. Gerade bei kontroversen Themen sind die „Grundsätze der Bürgerbeteiligung“ anzuwenden. Die SPD wird sich für die ehrliche Beteiligung auch bei schwierigen, umstrittenen Projekten einsetzen. Wir stehen für klare Regeln, Transparenz des Verfahrens und Respekt im Umgang mit den Ergebnissen.

Parallel zur konsequenten Anwendung sollen die Leitlinien weiterentwickelt werden. Ziel ist dabei insbesondere, jene sozialen Gruppen stärker zu berücksichtigen, die durch die aktuellen Leitlinien nicht erreicht werden. Ausgewogene Beteiligungsgruppen sind dafür elementar.

Die Möglichkeit zur Mitwirkung muss allen offen stehen. Wir werden daher Barrieren abbauen und einen gleichberechtigten und flexiblen Zugang zu Beteiligungsformaten für alle ermöglichen.

3.8.2.5 Ortsbeiräte in allen Stadtteilen einrichten

Gute Beteiligung muss auch vor Ort in der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger ihren Ausgangspunkt haben und dabei Interessen, Bedürfnisse und Ideen in den Stadtteilen und den Quartieren ernstnehmen und aufgreifen. Die Stadtteilforen haben sich als unzureichendes Instrument erwiesen, die maßgeblich zur Informationsvermittlung fungieren. Um quartiersbezogene Belange und Stadtteilinteressen zu stärken, bedarf es neben offenen Beteiligungsformaten vor, allem auch einer gewählten und legitimierten Interessensvertretung vor Ort. Die SPD will deshalb Ortsbeiräte in allen Stadtteilen einrichten und wählen lassen, um Themen, Probleme und Ideen in und für die Stadtteile bürgerlich, verbindlich und demokratisch legitimiert zu adressieren. Ortsbeiräte sind zum einen Ansprechpartner, die Stadtteilinteressen aufnehmen und auch an Stadtverordnetenversammlung und Magistrat weitertragen können und zum anderen Räume der politischen Auseinandersetzung und Diskussion zu stadtteilspezifischen Themen. Zugleich haben Ortsbeiräte Gestaltungsmöglichkeiten, wenn Sie mit einem Budget ausgestattet werden.

3.8.2.6 Bürgerversammlungen einberufen

Ziel der SPD sind häufigere Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen, um frühzeitig Fragen, Ängste und Verbesserungsvorschläge auf die Tagesordnung der Stadtpolitik zu bringen und diesen konstruktiv zu begegnen.

3.8.2.7 Ausländerbeirat stärken

Eine gute institutionelle Beteiligung legt die Grundlage für Teilhabe, gerade für Menschen mit Migrationshintergrund. Die SPD steht hinter der demokratisch gewählten Interessenvertretung in Form eines Ausländerbeirates. Wir wollen mehr Wertschätzung und eine angemessene finanzielle Ausstattung, damit die Engagierten auch etwas erreichen können. Mit gezielten Informationen wollen wir die Wahlbeteiligung bei der Wahl des Ausländerbeirats erhöhen.

3.8.2.8 Neue ergänzende Formate entwickeln

Ergänzende, projektspezifische Schienen für die Beteiligung sind punktuelle Beteiligungsverfahren wie Bürgerentscheide, Bürgerforen, Befragungen, Ortsbegehungen oder Stadtteilkonferenzen. Für einen kontinuierlichen Austausch bieten sich Runde Tische zu wichtigen Themen an. Wichtig ist allerdings eine

frühzeitige Beteiligung über vielfältige Formate und eine klare und offene Kommunikation über Art, Umfang und Möglichkeiten der Mitwirkung an der jeweiligen Entscheidungsfindung. Die SPD strebt an, die gesamte Palette der ergänzenden Beteiligungsformate in Darmstadt anzuwenden.

3.8.2.9 Weitere Beteiligungsbarrieren abbauen

Trotz einer intensiven Fortschreibung des Beteiligungsportfolios kann es in einzelnen Fällen dazu kommen, dass der Zugang zur Beteiligung versperrt bleibt. Die SPD will daher bei jedem Format Beteiligungshindernisse identifizieren und aus dem Weg schaffen, zum Beispiel durch Kinderbetreuung und barrierefrei zugängliche Räume sowie Dolmetschen für Fremdsprachen und für Gebärdensprache.

3.8.2.10 Geschäftsleitungen paritätisch besetzen

Laut dem Beteiligungsbericht 2023 der Stadt Darmstadt beträgt der Frauenanteil in Geschäftsleitungen 21 Prozent. Die SPD wird den Anteil weiblicher Führungskräfte durch eine verbindliche Quote erhöhen. Wir wollen, dass 50 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt werden.

3.8.2.11 Ausbildung bei der Stadtverwaltung verstärken

Die Stadt hat gerade im Bereich der Ausbildung eine Vorbildfunktion. Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze über den Bedarf erhöhen.

3.8.2.12 Planungssicherheit für Träger gewährleisten

Trotz in der Regel einjähriger Finanzierungszyklen brauchen die Träger Planungssicherheit. Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt und den Trägern als Leistungserbringer müssen fair, transparent und unbürokratischer sein. Die Finanzierungszusagen werden wir einhalten, verlängern und, wo nötig, dynamisieren.

3.8.2.13 Verwaltungssprache vereinfachen

Die Sprache in Behörden und Formularen ist für viele Menschen kaum verständlich. Wer Deutsch nicht als Muttersprache spricht, kann oft noch schwerer verstehen, wie eine Entscheidung einer Behörde zu Stande kam. Die Stadt soll daher künftig wichtige allgemeine Regelungen und Formulare in leichter Sprache und auch in den häufigsten Fremdsprachen zur Verfügung stellen. Auch die digitalen Angebote der Stadt wollen wir barrierefrei gestalten und die Vorgaben der BITV 2.0 auch kommunal umsetzen.

3.8.2.14 Geschlechtersensible Sprache verwenden

Die Verwaltung soll grundsätzlich Geschlechtergerechte Sprache verwenden. Welche Form sie dabei wählt, steht allen Beschäftigten frei.

3.8.2.15 Familienfreundliche Arbeitsplätze schaffen

Wir sensibilisieren Führungskräfte für eine familienfreundlich Verwaltung. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten und -formen, das Führen in Teilzeit sowie als Tandem.

3.8.2.16 Beschäftigte für queere Community sensibilisieren

Die SPD wird die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft, insbesondere solchen mit Bürgerkontakt, für die Probleme der queeren Community sensibilisieren. Dafür werden wir Fortbildungen anbieten.

3.9. Klima

3.9.1 Aus unserem Grundsatzpapier „Ein Darmstadt. Für alle.“

- > Minimierung des Energieverbrauchs bei Neubauten
- > Erhalt und Ausbau von Grünflächen und Baumbeständen
- > Stärkung der Resilienz gegenüber Extremwetter
- > Energetische Sanierung von Bestandsgebäuden
- > Klimafreundliche und bezahlbare Wärmeversorgung
- > Stärkung nachhaltiger Mobilität

3.9.2 Ergänzende kommunalpolitische Forderungen

3.9.2.1 Klimaneutralität

Die Krisen der letzten Jahre haben den notwendigen Fortschritt der Maßnahmen des Klimaschutzplans 2035 verlangsamt. Deshalb gehen wir einen nachhaltigen Weg hin zu Klimaneutralität – das heißt, wir beziehen neben den ökologischen auch soziale und ökonomische Aspekte mit ein. Wir werden den Maßnahmenkatalog anpassen und an übergeordneten Klimazielen orientieren.

3.9.2.2 Prinzip „minimieren, substituieren, kompensieren“ umsetzen

Auf dem Weg zur Klimaneutralität wird die SPD die klimaschädlichen Aktivitäten reduzieren. Was nicht reduziert werden kann, wird möglichst durch klimafreundliche Alternativen ersetzt. Verbleibende Treibhausgasemissionen werden möglichst lokal kompensiert.

3.9.2.3 Kommunales System von Nachbarschaftsspeichern entwickeln

Erneuerbarer Strom wird typischerweise dann gewonnen, wenn Strom gerade nicht am meisten gebraucht wird – bei strahlender Sonne. Ein Schlüsselfaktor der Stromwende sind deswegen Stromspeicher. Die SPD hält ein wirtschaftliches, kommunal betriebenes System von Stromspeichern für erstrebenswert, welches netzdienlich implementiert wird, das Stromnetz entlastet und einen Beitrag zum städtischen Haushalt leistet. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür die regulatorischen Voraussetzungen geschaffen werden und wollen solche Projekte stadtplanerisch positiv begleiten.

3.9.2.4 Waldschutzkonzept auf- und umsetzen

Der Darmstädter Wald ist ein Erholungsraum für Menschen, ein Lebensraum für Tiere und Pflanzen und ein Schlüsselfaktor im kommunalen Kampf gegen den Klimawandel. Aufgrund der hohen, multidimensionalen Bedeutung des Waldes werden wir ihn nicht bebauen. Da der Wald kein Spekulationsobjekt ist, wird die SPD ihn effektiv durch ein Waldschutzkonzept schützen.

3.9.2.5 Geschützte Waldumbaugebiete ausweisen

Wie stark der Klimawandel den Wald gefährdet, hängt von der spezifischen Waldstruktur ab. Wo naturnahe Maßnahmen nicht mehr ausreichend sind, da Hitze und Trockenheit zu einem Waldsterben führen, will die SPD geschützte Waldumbaugebiete ausweisen. Dort werden wir nach gründlicher Analyse auch neue, nicht-invasive und wärmeliebende Baumarten anpflanzen. Die Pflanzung verschiedener Baumarten trägt zur Risikostreuung und zur Gesundung, zur Stärkung und zur Schaffung eines klimaresistenten Waldes bei.

3.9.2.6 Stadtbegrünung

Neben ökologischen Baustandards bei Neubauten will die SPD auch Bestandsbauwerke und -flächen naturfreundlicher entwickeln. Grüne Inseln können unsere Stadt für Mensch und Tier lebenswerter gestalten, indem wir Wände und Dächer öffentlicher Gebäude, Dächer von Bushaltestellen und Straßenbahntrassen begrünen, Blumenkästen und -kübel aufstellen, hängende Gärten über den Straßenzügen erproben und graue Flecken der Stadt renaturieren. Bei Neubaugebieten soll durch die Standortplanung und Pflanzung großer, schattenspendender Bäume der Überhitzung der Stadt entgegengewirkt werden. Im Bestand soll - auf privaten wie öffentlichen Flächen – das Pflanzen von großen Bäumen gefördert werden.

3.9.2.7 Entsiegelungsprogramm durchführen

Die SPD setzt sich für ein städtisches Entsiegelungsprogramm ein. Mit mehr Grün und einer deutlich erhöhten Artenvielfalt in allen Teilen der Stadt wird der Aufenthalt für alle angenehmer. Gerade Bäume verbessern nachhaltig das Kleinklima und Pflanzen erlauben es den Menschen, die Angebote der Stadt zu genießen. Die Entsiegelung von Flächen ist zudem wichtig, um unsere Grundwasserspeicher zu füllen und so einen entscheidenden Beitrag beim Schutz des Waldes und der Natur zu leisten.

3.9.2.8 Nachhaltiges Wassermanagement in einer Schwammstadt

Wasser ist eine kostbare Ressource, mit der die Stadt umsichtig umgehen muss. Daher will die SPD ein nachhaltiges Wassermanagement einrichten. Wir werden Brauchwassernutzsysteme für die Bewässerung von Bäumen in der Stadt fördern. Regenwasser speichern, um auch dieses Wasser nutzbar zu machen ist eine gute Möglichkeit, das Wasser in der Stadt effektiver zu nutzen und das Prinzip der Schwammstadt bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen.

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund häufigerer Starkregenereignisse. Bei allen Maßnahmen muss zusätzlich zum ökologischen Faktor die Funktion des Starkregenschutzes mitgedacht werden. Begrünte Dächer, bepflanzte Entwässerungsgräben und Infiltrationsbecken haben hierbei eine besondere Funktion, da sie all diese Aufgaben erfüllen.

3.9.2.9 Biodiversitätsstrategie umsetzen

Weltweit sterben täglich hunderte Tier- und Pflanzenarten aus. Trotz positiver Beispiele von Biodiversität in Darmstadt, wie etwa den Streuobstwiesen in Eberstadt, ist noch viel zu tun, um Darmstadt in eine Stadt der Biodiversität zu verwandeln. Darmstadt hat bereits seit 2013 eine Biodiversitätsstrategie. Die SPD will die Biodiversitätsstrategie fortführen und Darmstadt zur lebenswerten Stadt mit vielfältiger Flora und Fauna machen.

3.9.2.10 Solarpaket

Die SPD hält weiter am Ausbau der erneuerbaren Energien in Darmstadt fest. Dies betrifft vor Ort hauptsächlich Solar, da die Voraussetzungen für Windkraft in Darmstadt nicht gegeben sind. Um den ansteigenden Herausforderungen im Netzbetrieb gerecht zu werden, wollen wir gleichzeitig den hierfür notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Stadtwirtschaft voranbringen. Zudem entwickeln wir mit ihnen ein „Solarspaket“. Dabei soll eine Solarpflicht für geeignete öffentliche Gebäude, Solarparks sowie ein Netzausbau, der intelligente Stromnetze und Messsysteme sowie Stromspeicher beinhaltet.

3.9.2.11 Informationen zu Klima- und Hitzeschutzmaßnahmen

Informationen zu Klimamaßnahmen müssen verständlich, offen und leicht zugänglich sein. Dies gilt gleichermaßen für Gesundheitsinformationen, bspw. zur Hitzevorsorge vulnerabler Personengruppen. Zudem muss die Information auch solchen Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden, die nicht am digitalen Leben teilnehmen.

3.9.2.12 Kommunale Wärmeplanung bezahlbar, sozial und klimagerecht gestalten

Die SPD Darmstadt wird die Wärmeversorgung der Stadt so umstellen, dass sie klimaneutral und für alle bezahlbar wird. Dabei müssen vor allem Menschen mit geringem Einkommen vor höheren Heizkosten geschützt werden. Eine klimafreundliche Wärmeversorgung ist ein gemeinsames Projekt für alle – gerecht, solidarisch und zukunftssicher. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass es keinen Anschlusszwang geben wird.

